

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFTEN

work



Frankreich: Oliver Fahrni berichtet vom Generalstreik. Seite 15

Rytz noch nicht Bundesrätin

Hintergründe einer Nicht-Wahl und was jetzt kommt. Seite 2

Das passt alles unter den Baum

Die Geschenktipps der work-Redaktion: Von Finken über Socken zum Buch. Seite 17

Hammer!

Blocher-Clan wieder eine Milliarde reicher

Die 300 Reichsten in der Schweiz besitzen 702 Milliarden Franken. Seite 5

Vorsicht, XXX Lutz!

Der Möbelriese aus Österreich holzt gegen Arbeitnehmendenrechte. Jetzt überrollt er die Schweiz. Seite 3



Ausserdem: Jean Ziegler über Europas Terror gegen Flüchtende • So begleiten die Gewerkschaften den Audi-Umbau • Das war das rotgrünpinkige 2019 in Bildern u.v.m.



HELVETISCHES PATHOS-THEATER

Das war wieder mal eine feine Machtdemonstration des Rechtsblocks von GLP über CVP bis FDP/SVP: diese Erneuerungswahl des Bundesrates ohne Erneuerung. Dafür mit umso mehr helvetischem Pathos-Theater vor der Wahl. Selbst die unsichere «geopolitische Lage» musste herhalten gegen die grüne Sprengkandidatin Regula Rytz (bei FDP-Fraktionschef Beat Walti). Und die Wirtschaftsprognosen, die bedrohlich eindunkeln (bei

Selbst die «geopolitische Lage» musste gegen Rytz herhalten.

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi). Geschweige denn unsere Compatriots aus

der Schweizer Sonnenstube: Nein, mit der Abwahl des Tessiners Ignazio Cassis könne man diesen armen Grenzkanton jetzt nicht brüskieren! Konkordanz sei schliesslich keine «mathematische Grösse» (Walti again). Und deshalb zähle im Moment nur eins: StabilitätStabilitätStabilität (alle im Chor). Denn es brauche einen Bundesrat «wie ein Fels in der Brandung» (Walti zum dritten).

WALTIS & AESCHIS. Keine Veränderung also, nur schnöder Machterhalt. Dies, obwohl am 20. Oktober Historisches geschah: Noch nie seit 1919 wurde eine Partei so gestärkt wie die Grünen. Ins Bundeshaus getragen von zwei bewegungspolitischen Tsunamis, dem Frauenstreik und der Klimabewegung. Beide ebenfalls historisch: Mehr als eine halbe Million Frauen (und Männer) protestierten am 14. Juni für mehr Frauenpower und weniger toxische Männlichkeit. Und fast 100 000 Menschen machten sich am 22. September für die sofortige Klimawende stark (siehe work-Jahresrückblick Seiten 12–13). Ihnen allen und dem Klima haben die Waltis & Aeschis unter der goldenen Bundeshauskuppel nun gezeigt, wie ernst sie sie nehmen. Nämlich gar nicht.

SCHWEIZ GMBH. Was ist der Bundesrat? fragte sich einst jene Kommission, die die Schweizer Verfassung schrieb. Und war sich einig: er soll wie ein Verwaltungsrat funktionieren. Der Verwaltungsrat des Gesamtunternehmens Schweiz. Und so sorgt die Schweiz GmbH denn seit je für Stabilität. Dafür, dass die Machtverhältnisse nicht verrutschen. Die Banken-, Bauern-, Militär- und Millionärsmacht. Was ist ein Bundesrat? fragte sich einst auch Bundesrat Carl Schenk (1864–1895) in seinem Tagebuch: «Ein Mensch, welcher in einem der 7 eidgenössischen Mastkörbe sitzt, von denen man nach Bankpräsidien ausschaut, und, bis eines in Sicht ist, dem Volk zu dienen vorgibt.» Schenk war Freisinniger, und er schrieb die hübschen Zeilen, bevor man auch die Sozis im Bundesrat mitrudern liess. Die Stabilität wäre also einmal mehr hergestellt. Wiewohl unklar ist, ob diese mit der Desavouierung eines Drittels der Wählerinnen und Wähler auch anhält. Zweifel sind angebracht, meint work-Autor Clemens Studer in seiner Wahlanalyse (Artikel rechts).



REGULA RYTZ: Ihr stünde ein Sitz im Bundesrat zu. Doch das rechte Machtkartell strafte sie ab. FOTO: KEYSTONE

SVP, FDP, CVP und GLP wählen Cassis wieder in den Bundesrat Rechte Rache für den Linksrutsch

Regula Rytz, Grünen-Chefin und Gewerkschafterin, hatte in der Bundesversammlung keine Chance. Die rechten Parteien rächten sich für den Linksrutsch bei den nationalen Wahlen.

CLEMENS STUDER

Am 11. Dezember um 10.11 Uhr ist klar: Das rechte Machtkartell aus SVP, FDP, CVP und GLP ignoriert das Wahlergebnis vom 20. Oktober. Noch nie seit der Einführung des Proporzwahlrechts hat eine Partei in Wahlen so zugelegt wie die Grünen. Ihnen steht politisch und arithmetisch ein Sitz in der Regierung zu. Und zwar auf Kosten der FDP. Denn die ist erstens als Partei übervertreten und stellt zweitens gemeinsam mit der SVP eine rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundesrat. Diese Mehrheit bildet weder den Wählendenwillen ab, noch ist sie durch die Anzahl Mandate in National- und Ständerat gerechtfertigt. Das wird so bleiben. Vorläufig.

CVP IN RECHTER GEISELHAFT Die CVP hat sich unter die Fittiche der harten Rechten begeben. Es ist zweifelhaft, ob ihr das bei den nächsten nationalen Wahlen in vier Jahren helfen wird. Und bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen in den Bundesrat. Denn dieser vermeintliche Schutz

Die rechte Stabilität ist in Wahrheit ein Rückschritt.

wird gerne zur Geiselhaft. Gerade die Blocheristen sind bekannt dafür, nicht sehr verlässlich zu sein. Nicht einmal eigenen Leuten gegenüber, wie zum Beispiel der Bündner Heinz Brand merken musste. Er war und ist treu bis zur Selbstverleugnung. Aber wenn die Tochter des Führers antritt und ein Sitzverlust absehbar ist, zählt alles nichts mehr. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Das müsste eigentlich ausser der CVP auch die FDP warnen. Aber es hat die FDP ja auch die letzten Jahre nicht ge-

kümmert. Sie liess und lässt sich verspotten und beschimpfen. Und suhlt sich dann doch in Schulterschluss-Wohligkeit. Im Interesse ihrer noch verbliebenen Finanzindustrie-Sponsoren nimmt die einst stolze Partei der Staatsgründer unterdessen offenbar alles in Kauf. Als kleinen Dank dafür hat sie ihren SVP/FDP-Hybriden Ignazio Cassis im Bundesrat retten können. Vorläufig.

Denn SVP-Führer Blocher hat in seinem TV schon mal klargemacht, wohin die Reise nach dem Gusto der Rechtsnationalisten gehen soll: einen FDP-Bundesrat ersetzen durch einen GLPler, einen SP-Sitz den Grünen zuschanzen. So wäre die Mehrheit der Marktradikalen gesichert. Die Lohnabhängigen-Feinde hätten mit 2 SVP, 1 FDP und 1 GLP im Bundesrat weiterhin eine Mehrheit, die sie im Volk nicht haben. Genauso wenig, wie die gegenwärtige Sitzverteilung drei faktische SVP-Bundesräte (Maurer, Parmelin, Cassis) und eine freisinnige Bundesrätin (Keller-Sutter) das Wahlergebnis abbildet.

GLP ENTLARVT

Nicht neu, aber immerhin zum ersten Mal überraschend ehrlich und entlarvend haben sich die rechten Grünen von der GLP positioniert. Beziehungsweise: positionieren müssen. Die klimafreundliche Rytz ist ihnen zu sozial, der wendige Cassis ist zwar klimaschädlich wie drei Kohlekraftwerke, aber er will den Schweizer Lohnschutz schrotten. Die GLP hat deutlich gemacht: Sozialabbau ist ihr im Zweifel wichtiger als Umweltschutz. Darum wählten die rechtsgrünen Nationalrätinnen und Nationalräte Cassis, betonierten die harte rechte Mehrheit im Bundesrat. Lieber «climate change» als «system change» also. Bereits vor der Bundesratswahl hatte die GLP gezeigt, dass sie nicht mehr ist als eine grünlackierte neoliberale Partei: Sie sorgte dafür, dass künftig 50 Franken bezahlen muss, wer notfallmässig ins Spital kommt. Und sie stimmten für die Beschaffung von Luxus-Kampffjets. Diese kosten in einem ersten Schritt

6 Milliarden Franken. Über die gesamte Lebensdauer der Jets sogar 24 Milliarden. Und Kampffjets sind enorm klimaschädlich: In einer einzigen Flugstunde verbraucht zum Beispiel ein F/A-18 durchschnittlich 4850 Liter Kerosin. Und stösst über 12 Tonnen CO₂ aus. Das ist gleich viel wie ein Auto auf 100 000 Kilometern.

WIE WEITER?

Die Vertreterinnen und Vertreter des rechten Machtkartells und seinen GLP-Adjutanten sprachen rund um die Bundesratswahlen viel von Stabilität. Diese wollten sie angeblich mit der Wiederwahl von Ignazio Cassis sichern. Das Ge-

Jetzt ist ein Drittel der Wählenden nicht im Bundesrat vertreten.

genteil dürfte in den kommenden Jahren der Fall sein. Denn ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ist nicht in der Regierung vertreten. Die rechten Parteien haben eine Mehrheit im Bundesrat, die nicht gerechtfertigt ist. Und sie wollen diese weiter ausbauen. Weder die Klimabewegung noch der Frauenstreik haben in der Regierung die Stimme, die ihnen zusteht. Das bedeutet, die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land müssen weiterhin Druck machen: auf der Strasse, im Parlament, mit Initiativen und Referenden. Denn die rechte Stabilität ist in Wahrheit ein Rückschritt.

Strafaktion gegen Keller-Sutter

Nur 169 Stimmen erhielt Justizministerin Karin Keller-Sutter. Das ist ein mageres Ergebnis. Vor einem Jahr wurde die St. Galler Freisinnige als bisher letzte Bundesrätin gewählt. Seither macht sie eine eigenständige,



Bundesrätin Keller-Sutter.

FOTO: KEYSTONE

solid bürgerliche Politik. Sie hat die Dossiers im Griff. Ist beim Volk beliebt und in den Parlamentskommissionen geschätzt.

RETOURKUTSCHE. Und sie weiss um die Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft. Sie kämpft an vorderster Front gegen die Kündigungsinitiative der SVP. Und sie hat der Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose zum Durchbruch verholfen. All das ärgert die SVP. Darum wählten 21 von ihnen den St. Galler FDPler Marcel Dobler. «Andere» erhielten ebenfalls 16 Stimmen. 37 Stimmzettel wurden leer eingelegt. Diese zum Teil wohl auch von Rytz-Wählenden als Retourkutsche an die FDP (cs)

Alles wird gut!



Die nächste Ausgabe von work erscheint am 17. Januar 2020. Wir wünschen ein frohes Fest und einen guten Rutsch!

Jetzt rollt der Skandalkonzern XXXLutz aus Österreich die Schweiz auf: Der Möbel-Rambo

XXXLutz jagt Ikea. Dabei kennt der österreichische Möbelgigant kein Pardon. Die Mitarbeitenden klagen über Lohndrückerei und Brechstangen-Methoden.

RALPH HUG
Zweitausend Arbeitnehmende in der Schweiz müssen sich ab sofort Sorgen machen. Denn sie haben einen neuen Arbeitgeber: den österreichischen Möbelkonzern XXXLutz. Dieser hat vor kurzem Interio von der Migros und Möbel Pfister übernommen. Zwar hiess es, dass alle Angestellten zu denselben Bedingungen weiterbeschäftigt würden. Es gebe keine Entlassungen, Pfister-Angestellte erhielten sogar Abfindungen nach Dienstjahren. Die Jobs würden durch die Übernahme sogar noch gestärkt, behauptete Ex-Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP, Aargau), Präsidentin der Möbel-Pfister-Stiftung. Corina Eichenberger müsste es eigentlich besser wissen.

EISKALT ABSERVIERT
XXXLutz ist ein Handelskonzern mit Skandalgeschichte. Die Eigentümerfamilie Seifert hat ihn in weniger Jahrzehnte hochgepusht, von einer kleinen Werkstatt für Bauernmöbel in Oberösterreich zu einem der grössten Möbelhändler der Welt. Heute ist er ein Milliardenkonzern mit über 22 000 Beschäftigten in 13 Ländern Europas. Besitzer Andreas Seifert (65) kennt nur ein Ziel: Marktleader Ikea überholen. Was dem entgegensteht, wird eiskalt aus dem Weg geräumt. Die grosse deutsche Dienstleistungsgewerkschaft Verdi kann ein Lied davon singen: XXXLutz war in den letzten zehn Jahren neben Amazon ihr härtester Gegner.

Seifert rollt die Märkte stets nach demselben Muster auf: Nach der Übernahme spaltet er die Möbelhäuser auf in diverse Service- und Personalgesellschaften mit wenig Kapital. Auch die Mitarbeitenden werden ausgelagert. Sie sind formell nicht bei XXXLutz angestellt, müssen aber oft schlechtere Arbeitsverträge akzeptieren. Diese Tochterfirmen haben nur noch einen Servicevertrag, und zwar mit XXXLutz. Wird dieser gekündigt, verlieren sie den einzigen Kunden und gehen konkurs. Seifert hebelte mit diesem «System XXXLutz» in Deutschland nicht nur den Kündigungsschutz aus, sondern auch geltende Tarifverträge. Systematisch wurden auch Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen wegge mobbt.

Mit solch rüden Touren erwarb sich XXXLutz den Ruf als «härtester Arbeitgeber Deutschlands». Ein Fanal war das rücksichtslose Vorgehen im Ruhrgebiet. Dort kam es zu grossen Protestaktionen und Demos (siehe unten). Inzwischen hat Seifert «Fehler» eingeräumt. Denn sein Image in der



GRÖSSENWAHN: Vor jeder Filiale des Möbelgiganten XXXLutz steht ein übergrosser roter Stuhl. FOTO: PICTURE ALLIANCE

Öffentlichkeit litt immer mehr und mit ihm die Verkäufe. Am eigentlichen Ziel hat sich jedoch kein Jota geändert: Seifert will der Grösste werden. Das scheint schon im grosssprecherischen Firmennamen auf. XXXL heisst Übergrösse. Vor jeder Filiale steht auch ein übergrosser roter Stuhl, das Markenzeichen des Konzerns.

ENTSCHLOSSEN GEGEN HARDLINER
Und jetzt will sich Seifert auf seinen XXXL-Stühlen auch in der Schweiz niederlassen. Anne Rubin, zuständig für den Detailhandel bei der Unia, hat bisher keine Klagen vernommen. «Dafür ist es noch zu früh», sagt sie. Aber man ist gewarnt. Und weiss: Entschlossener gewerkschaftlicher Widerstand geht selbst an einem Hardliner wie Seifert nicht spurlos vorbei. Verdi hat es in Deutschland gezeigt.

Inzwischen scheint sich Seifert laut Verdi etwas gemässigt zu haben. Liess er früher Angestellte noch unter Einsatz von Securityleuten über Nacht ausperren und freistellen, zeigt er sich in Konflikten kompromissbereiter. «Der öffentliche Druck hat dazu geführt, dass XXXLutz von seinen üblen Wildwestmethoden der frühkapitalistischen Art abrückt», bilanziert Verdi in einer Broschüre über den jahrelangen Kampf gegen diesen besonders aggressiven Möbelhändler.*

Der Umbau bei Möbel Pfister und Interio wird bald zeigen, ob diese Bilanz noch stimmt.

* Thorsten Schulten und Markus Jaggo: **XXXLutz – die mit dem rauen Stil. Arbeitsbeziehungen bei XXXLutz.** Broschüre der Gewerkschaft Verdi, 2018. Gratis-Download unter: rebrand.ly/XXXLutz

So funktionierte das «System XXXLutz» in Deutschland: Chef Seifert droht, entlässt und scheut das Licht

Drei Jahre nach der Übernahme sah es schlecht aus: statt 330 nur noch 120 Beschäftigte, kein Betriebsrat mehr, tiefere Löhne. XXXLutz und sein Chef Andreas Seifert hatten zugeschlagen. In Oberhausen im deutschen Ruhrgebiet hatten sie 2014 schon wieder ein alteingesessenes Möbelgeschäft geschlossen. Sofort wurde es nach Seiferts Methode aufgesplittet. Dann gab's die ersten Kündigungen. Darunter solche mit über dreissig Dienstjahren. Wer weiterbeschäftigt wurde, musste schlechtere Konditionen akzeptieren. Zum Beispiel



XXXL-Protest: Demo gegen den Möbelriesen in München.

länger arbeiten oder einem europaweiten Versetzungsrecht zu andern XXXLutz-Filialen zustimmen. Mehrere Dutzend Mitarbeitende klagten mit

Hilfe der Gewerkschaft Verdi gegen den ausgehebelten Kündigungsschutz. Sie erhielten vor Gericht recht. Doch weil XXXLutz am längeren Hebel

sass, akzeptierten sie schliesslich Abfindungen samt Maulkorb. Den Job waren sie los. **HELL'S ANGELS.** Auch der Betriebsrat klagte. XXXLutz hatte den Gewerkschaftern von einem Tag auf den andern den Zugang zum Betriebsratsbüro versperrt, ihnen Hausverbot erteilt und gemäss Aussagen auch mit der Rockergruppe Hell's Angels gedroht. Da ein Gerichtsurteil zwiespältig ausfiel, akzeptierten auch sie eine Abfindung. Sie hatten genug von den üblen Machenschaften. Die Betroffenen schalteten die Öffentlichkeit ein und

veranstalteten Mahnwachen und Demos. Dadurch geriet XXXLutz zunehmend ins schlechte Licht. Verdi führte nebst Oberhausen auch in München, Mannheim und Passau Kampagnen mit dem Slogan «XXXL – die mit dem rauen Stil». Bevölkerung und Politik zeigten sich jeweils empört. Das wirkte. Umso mehr, als Besitzer Seifert jede Publizität scheut. Er, der zu den reichsten Österreichern zählt, tritt fast nie auf. Und wenn, dann hält er die Mappe vors Gesicht, sobald Fotografen auftauchen. (rh)

Mehr Lohn für Hotel-Putzfrauen

ZÜRICH. Ihre Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Die Reinigerinnen im Fünfsterhotel Renaissance bekommen ab Januar mehr Lohn. Das Hotel, das zur Marriott-Gruppe gehört, hat der bisherigen Reinigungsfirma gekündigt. Und verpflichtet die neue Firma, den Mindestlohn um einen Franken pro Stunde anzuheben. Jetzt liegt er bei 20.20 Franken. Die neue Firma übernimmt sämtliche Mitarbeitenden. Seit über einem Jahr kämpft das Hotel-Putzpersonal zusammen mit der Unia für bessere Arbeitsbedingungen. Ein Franken mehr klinge nach wenig, ist aber viel wert, sagt die Reinigerin S.: «Jetzt kann ich mein Zug-Abo einfacher finanzieren.»

Industriestreik in der Waadt

ECUBLENS VD. Die Mitarbeitenden der Medizinaltechnikfirma Symetis sind in den Streik getreten, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Die Firma wurde 2017 vom US-Konzern Boston Scientific gekauft. Der kündigte an, den Standort auszubauen. Jetzt die Kehrtwende: Die 125 Stellen sollen nach Irland verlagert werden. Zusammen mit der Unia kämpfen die Mitarbeitenden um den Erhalt ihrer Stellen. Die Firma verweigert Verhandlungen. Laut Unia-Mann Noé Pelet hat sie auch keine richtige Konsultation durchgeführt – «ein klarer Gesetzesverstoss».

Keine Strafe für den Schmutzli

NEUENBURG. Vor einem Jahr protestierte die Unia vor dem Altersheim Trois Portes gegen seinen schlechten Umgang mit den Pflegenden. Ein Gewerkschafter brachte der Heimlei-



PROTEST-AKTION: Schmutzli brachte Forderungen. FOTO: ZVG

tung, als Schmutzli verkleidet, einen Besen mit den Forderungen der Mitarbeitenden. Doch die reagierte mit einer Strafanzeige: Nötigung, Verleumdung, Hausfriedensbruch. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft entschieden: Sie tritt auf die Klage nicht ein. Catherine Laubscher von der Unia Neuenburg freut's: «Die Unia hat nur ihre Arbeit als Gewerkschaft gemacht.»

Keine Mehrarbeit im Advent

FREIBURG. Das Verkaufspersonal der Stadt Freiburg muss an den Adventssamstagen nicht länger arbeiten. Die Läden schliessen normal um 16 Uhr, weil die Bezirksbehörde einen Rekurs der Unia gutgeheissen hat. Der Verband der Läden wollte bis 17 Uhr offen halten mit dem Argument, gleichzeitig finde ein Weihnachtsmarkt statt. Die Behörde stellt jetzt klar: Deswegen die Läden länger zu öffnen sei nicht zulässig.



Revolutionäre Umkehrosmose-Anlagen: Aus Meer- und Brackwasser wird Trinkwasser für alle

Manager Peter Brabeck wurde reich bei Nestlé. Seine Themen als CEO waren die weltweite Trinkwasserknappheit und die Wasserprivatisierung: Alle sollten Nestlé-Wasser kaufen und trinken. Doch jetzt könnte der technische Fortschritt diese Kapitalistenträume durchkreuzen.

Jedes Jahr veröffentlicht das Wirtschafts­magazin «Bilanz» die Liste der 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer (siehe Seite 7). Die meisten von ihnen stammen aus dem Ausland oder sind Papierli-Schweizer.

Einst war diese Liste so etwas wie ein Hauch von Kapitalismuskritik. Heute ist das Gegenteil der Fall. Wir sollen jene bewundern, die immer reicher werden. Während die Kaufkraft der Haushalte mit mittleren und kleinen Einkommen sinkt.

Die ganz Reichen, jene, die mehr als eine Milliarde haben, sind fast ausschliesslich Erben. Die Manager der Superreichen bringen es irgendwo auf Vermögen zwischen 100 und 400 Millionen.

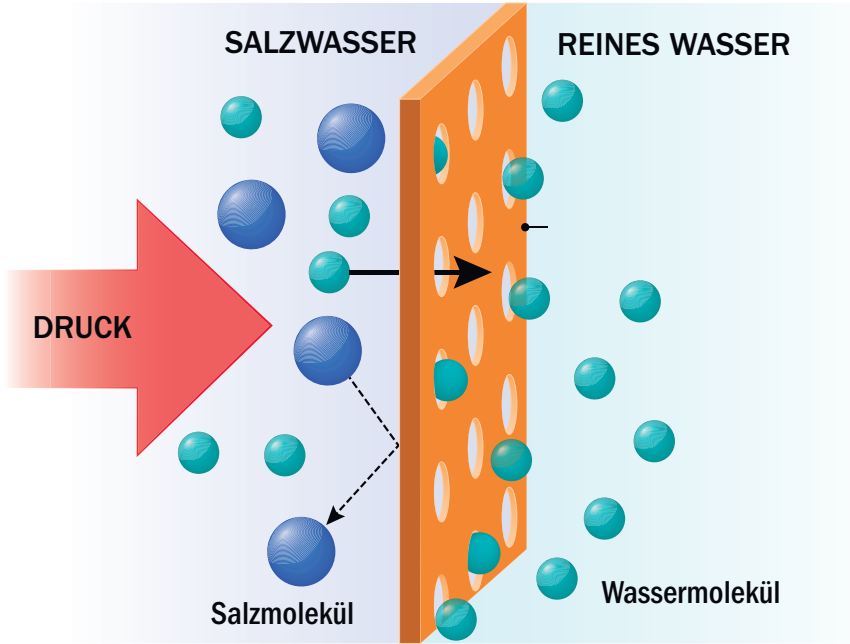
NESTLÉ-WASSER. Einer dieser reich gewordenen Manager ist Peter Brabeck. Geschätztes Vermögen: rund 400–450 Millionen Franken. Sein

Thema als Nestlé-Chef war der weltweite Wassermangel, genauer: der weltweite Trinkwassermangel. Jetzt ist bei Nestlé davon nicht mehr die Rede.

Vielleicht zu Recht, denn der technische Fortschritt scheint auch auf diesem Feld viele Erwartungen zu übertreffen. Dank Umkehrosmose-Anlagen mit revolutionär neuen Membranen. Um einen Kubikmeter Wasser zu produzieren, benötigen die neusten Anlagen maximal noch 3 Kilowattstunden Strom. Mit diesem Strom presst eine Pumpe das Meerwasser mit bis zu 80 Bar Druck durch feinste Membranen. 80 Bar sind verdammt viel. Sie entsprechen einer Wassersäule von 800 Metern.

KOSTENGÜNSTIG. Diesen Druck braucht es, um das Wasser durch Löcher hindurchzupressen, die eine Million Mal kleiner sind als ein Millimeter. Hoher Druck bedeutet hohen Energieverbrauch. Kleinere Umkehrosmose-Maschinen müssen zudem Tag und Nacht laufen, wenn sie nicht verpappen sollen.

Für Entwicklungsländer angepasste Wasseraufbereitungsanlagen brauchen also diese drei Dinge:



WASSER-ENTSALZUNG: Bei der Umkehrosmose wird Wasser unter hohem Druck durch eine Membran gepresst, die nur Wassermoleküle durchlässt. Die neusten dieser Anlagen brauchen nur noch 3 Kilowattstunden Strom, um einen Kubikmeter Trinkwasser herzustellen. GRAFIK: ISTOCK

- Effiziente Solarzellen, die den Strom kostengünstig produzieren.
- Genügend grosse Batteriepakete, damit der Sonnenstrom auch in der Nacht die Umkehrosmose-Anlagen unterbrechungsfrei mit dem notwendigen Strom versorgt.
- Kleine Anlagen, damit dezentral sauberes Trinkwasser produziert

werden kann. Und damit nicht zuerst lange und teure Leitungsnetze erstellt werden müssen.

Beliebig skalierbare Anlagen sollen aus Meer- und Brackwasser für weniger als 1 Franken pro Kubikmeter sauberes Trinkwasser machen. Hält die Technik, was Laboranlagen und Papier versprechen? Hoffen wir es.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/Nobelpreis
Die beiden Physiker Andre Geim und Konstantin Novoselov erhielten 2010 den Nobelpreis für die Entdeckung der feinen Graphen-Kohlengitter. Diese werden weiterentwickelt auch bei jener Umkehrosmose-Methode verwendet, die aus salzigem Meerwasser entmineralisiertes Trinkwasser macht.

● rebrand.ly/Meerwasserentsalzung
Wikipedia erklärt, wie das Ganze funktioniert.

● rebrand.ly/Marktchance
Wer Meerwasser mittels Verdampfung entsalzt, braucht pro Kubik Trinkwasser 10 Kilowattstunden fossile Energie. Bei der Umkehrosmose maximal 3 Kilowattstunden. Die Vereinigten Arabischen Emirate brauchen pro Jahr 5,5 Milliarden Kubikmeter Trinkwasser. Und somit 15 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom, wenn sie auf Umkehrosmose umstellen. Die deutsche Industrie wittert hier ein gutes Geschäft.

● rebrand.ly/Anlagen-fuer-Afrika
Unter News erklärt auf dieser Homepage Erich Merkle, wie kleine Umkehrosmose-Anlagen für Afrika funktionieren werden. Hoffentlich.

● rebrand.ly/Osmose-im-Wallis
Dieses Unternehmen aus Siders VS verkauft neu auch Umkehrosmose-Anlagen, die pro Kubikmeter Trinkwasser nicht mehr als 3 Kilowattstunden brauchen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Wir machen Druck. Aus Leidenschaft.

Wir produzieren jeden Monat 30 Millionen Zeitungen, Magazine und Beilagen. Das schafft nur, wer mit grösster Leidenschaft im Zeitungsdruck tätig ist. Und mit dem ökologischsten aller Druckverfahren und gleichzeitig brillanter Qualität überzeugt. Damit das so bleibt, investieren wir laufend in neue Drucktechnologien und Versandanlagen an unseren beiden Standorten in Aarau und St. Gallen. Wir freuen uns, dass das «work» uns als Druckpartner seit vielen Jahren vertraut. www.chmedia.ch



Erbsinnen und Erben, Spekulanten, Oligarchen und Abzocker Die Reichen in der Schweiz werden immer reicher

Zum 31. Mal hat die «Bilanz» eine Reichenliste veröffentlicht. Ein paar Erkenntnisse.

CLEMENS STUDER

Für Honoré de Balzac (1799–1850), den grossen französischen Autor des 19. Jahrhunderts («Die menschliche Komödie»), war klar: «Hinter jedem grossen Vermögen steht ein grosses Verbrechen.» In diesem Sinn hat das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» mit seiner aktuellsten Ausgabe die «Meist-Gesuchten-Liste» 2019 vorgelegt. Die journalistische Fleissarbeit listet die 300 reichsten Menschen der Schweiz auf. Zum 31. Mal.

1989 besaßen die aufgelisteten 100 Reichsten zusammen 66 Milliarden Franken. Heute besitzen die 300 Reichsten zusammen 702 Milliarden. Oder anders herum: Das Durchschnittsvermögen der Aufgelisteten betrug damals pro Kopf 1989 660 Millionen, heute sind es 2,35 Milliarden. Rund 3,5 Mal so viel. Oder noch einmal anders herum: Heute besitzen die Reichsten von Platz 1 und 2 mehr Vermögen als alle 100 Reichsten von 1989 zusammen. Und das trotz allen Börsencrashes, Immobilien- und Finanzkrisen. Auch der Teufel des Kapitalismus scheisst also immer auf die gleichen Haufen.

Die «Bilanz»-Liste erfasst die Reichsten, die in der Schweiz wohnen oder einen Schweizer Pass haben. Auf Platz eins sind die Ikea-Erben Jona, Mathias und Peter Kamrad. Sie wohnen zwar im Ausland, haben aber den Schweizer Pass. Zusammen sind sie 54–55 Milliarden schwer. Auf Platz zwei folgen die Familien Hoffmann und Oeri (Pharma-Multi Roche) mit einem Vermögen von 27–28 Milliarden. Mit 23–24 Milliarden folgt Gérard Wertheimer, der zusammen mit seinem Bruder den Luxusgüterkonzern Chanel besitzt.

BLOCHER-CLAN

Ganz knapp die Top Ten verpasst hat der Blocher-Clan. Mit dem klassischen Oligarchen-Portfolio aus Chemie, Kunststoff und Medien, ergänzt um das Basler «Läckerli Huus», kommt die SVP-Sippe auf ein gemeinsames Vermögen von 11 bis 12 Milliarden. Das ist eine ganze Milliarde mehr als im vergangenen Jahr. Die von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher geleitete EMS-Chemie spürte zwar in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres die abkühlende Konjunktur in der Autoindustrie und verlor 5,4 Prozent Umsatz. Aber die Aktien stiegen. 77 Prozent davon besitzen Blocher-Töchter. Miriam Baumann-Blocher gehört ausserdem das «Läckerli Huus». Und

Rahel Blocher ist Verwaltungsratspräsidentin des Medienimperiums von Vater Christoph (Ex-Zehnder-Zeitungen, «Tagblatt der Stadt Zürich», «Tele Blocher»).

ABZOCKER STEIGEN AUF

Keine neue Erkenntnis, aber auch eindrücklich belegt von der neuen Reichenliste: es wird weiter munter abgezockt. Während 99 Prozent der Menschen in der Schweiz immer weniger im Portemonnaie bleibt, weil die Krankenkassenprämien steigen, die Löhne stagnieren und die BVG-Renten schmelzen. Doch es gibt eine kleine Anzahl Angestellte, die davon ausgenommen sind: Die sogenannten

Blochers besitzen neu 1 Milliarde mehr = insgesamt 11 bis 12 Milliarden Franken.

Top-Manager, besonders von Banken. So hat es jetzt auch UBS-Chef Sergio Ermotti unter die 300 Reichsten geschafft. Die «Bilanz» schätzt sein Vermögen auf 100–150 Millionen. Sein Jahreseinkommen 2018 lag bei 14 Millionen Franken. In den acht Jahren, in denen Ermotti bereits an der UBS-Spitze ist, kassierte er nach offiziellen Bankangaben fast 90 Millionen Franken. Und das alles für eine Leistung, die selbst in der innerkapitalistischen Logik mehr als durchzogen ist.

Erfolgreicher als Ermotti arbeitete unbestritten Ernst Tanner. Er leitet seit über 25 Jahren die Schoggi-Fabrik Lindt & Sprüngli. Kassierte zuerst als CEO immer wieder kritisierte exorbitante Löhne – und gilt heute mit einem Salär von 4 Millionen Franken im Jahr als einer der höchstbezahlten Verwaltungsratspräsidenten der Schweiz. Ergebnis: Er hält sich schon länger als Angestellter unter den Reichsten. Die Bilanz schätzt sein Vermögen auf 700–800 Millionen Franken. Ein bisschen weniger als im Vorjahr – weil der Euro schwächer ist und rund die Hälfte von Tanners Vermögen in der Holding des österreichischen Immobilienspekulanten René Benko angelegt ist.

WAHNSINNS-ZUWACHS

Allein die zehn Personen mit dem grössten Vermögenszuwachs im vergangenen Jahr sind 27 Milliarden Franken schwerer geworden. Das sind rund 3 Milliarden Franken mehr, als der Bund 2020 für soziale Wohlfahrt (AHV, IV, Prämienvverbilligungen usw.) budgetiert hat.

WAS TUN?

Die Reichen werden immer reicher. Global – und auch in der Schweiz. Die Konzentration der Vermögen in immer weniger Händen gehört zum Wesen des Kapitalismus. Das wusste schon Karl Marx. Und unterdessen macht das sogar linker Umtriebe unverdächtigen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfond und der OECD sorgen. Sie fürchten um das System und wollen den sozialen Sprengstoff Ungleichheit entschärfen. Ein Weg dazu sind Anpassungen des Steuersystems.

So wie es etwa die eingereichte 99%-Initiative der Juso verlangt. Sie schlägt vor, Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden usw.) ab einem Freibetrag 1,5 Mal so stark zu besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Die Mehreinnahmen sollen dazu dienen, die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen zu senken. Ebenfalls könnten die Mehreinnahmen für Leistungen der sozialen Wohlfahrt wie Familienleistungen, Bildung und Gesundheit verwendet werden.



Der Blocher-Clan ist letztes Jahr um 1 Milliarde reicher geworden. Im Börsen-Casino. Nicht in der Fabrik.

Mehr Fakten auf www.workzeitung.ch



300 Reichste haben 27 Milliarden mehr.

Für erträgliche Prämien gab's von Bund und Kantonen:

4,5 Milliarden. Für 220 000 Menschen.

Mehr Fakten auf www.workzeitung.ch



Um Milliardärin zu werden, muss frau 3700 Franken verdienen. Tag für Tag. 728 Jahre lang. Und keinen ausgeben.

Mehr Fakten auf www.workzeitung.ch



Die 300 Reichsten besitzen 10 Mal mehr, als der Bund für seine Bewohnerinnen und Bewohner pro Jahr ausgibt.

Mehr Fakten auf www.workzeitung.ch

workfrage:
Brauchen wir in der Schweiz endlich ein neues Steuersystem?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!

Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Die Briefträgerin & die Bedürfnisse

Neulich auf der Hauptpost musste die Briefträgerin gar nicht lange warten, bis sie an die Reihe kam. Das war ziemlich ungewöhnlich.

«Die Post baut nicht ab, sondern um!» So lautet eine neue Parole des Konzerns. Begründung hier wie bei vielen anderen Gelegenheiten: «Die veränderten Kundenbedürfnisse.»



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

«Ich bestimme, wo ich meine eingeschriebenen Briefe erhalte.» Und die Postwerbung zeigt's: Ein Papi macht sich mit umgehängtem Kind um Mitter-

«Die Briefträgerin spürt nur einen Impuls: Wegschauen!»

nacht am MyPost24-Container zu schaffen. Eine Sie und ein Er lesen fröhlich im vom Regen umrauschten Ferienzelt auf dem Handy ihre neusten Rechnungen. «Mit mir macht man es auf dem Sofa», verkündet Postfinance. Die Briefträgerin spürt nur einen Impuls: Wegschauen! Wie bei der SBB-Werbung mit der ewigjungen alten Schachtel und ihrem Smartphone.

ECHTER ERSATZ. Ohne App aufs Sofa. Stimmt, die Briefträgerin hat kein Bedürfnis, auf der Post eine Viertelstunde oder länger zu warten, bis einer der überhaupt geöffneten Schalter frei wird und eine Kollegin sie müde fragt, ob sie kein E-Banking mache, eventuell gar nicht machen wolle? Nein, trotz Wartezeiten will sie weder auf E-Banking umstellen (die Schalterkollegin zwinkert ihr zu),

«Die Briefträgerin mag es nicht mit der App auf dem Sofa machen.»

noch betrachtet sie die Postagentur im Quartierladen als echten Ersatz für die offizielle Poststelle. Die Briefträgerin hat auch kein Bedürfnis, sich mit umgehängtem Baby mitten in der Nacht zu MyPost24 zu begeben oder in den Ferien Rechnungen zu studieren. Die Briefträgerin mag es auch nicht mit der App auf dem Sofa machen. Und dass «Empfängerkunden» (auch hier sind die Frauen vermutlich mitgemeint) Anweisungen bezüglich der Zustellung ihrer eingeschriebenen Post erteilen, erlebt sie auf ihren Touren sozusagen nie.

BEDÜRFNIS WECKE. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Wie sang der Liedermacher Ärnscd Born einst wirtschaftskritisch: «Bedürfnis wecke zum Bedürfnis decke.» Die etwas andere Sicht auf die vielzitierten «Kundenbedürfnisse» und eine klare Antwort auf die Frage, was hier zuerst war, das Huhn oder das Ei.

Äs guets Nöis!

Neues Rechtsgutachten im Auftrag der Unia zeigt den grossen Bschiss: Dumping-Taxidienst Uber prellte Fahrer um geschätzte 500 Millionen



AUSGEBREMST: Taxifahrer-Demo gegen Uber in Lausanne. Das Dumpingmodell Uber bringt auch ihre Löhne unter Druck.

Über-Fahren ist günstig. Aber nur für die Kundschaft. Die Fahrerinnen und Fahrer und die Steuerzahlenden hingegen zahlen drauf.

CHRISTIAN EGG
Seit sechs Jahren ist der Dumping-Taxidienst Uber in der Schweiz aktiv. Und seit sechs Jahren weigert sich Uber, seine Fahrerinnen und Fahrer als Angestellte anzuerkennen. Obwohl das die Suva und das Lausanner Arbeitsgericht verlangen. Doch Uber zieht jeden Entscheid weiter und behauptet: Seine Fahrerinnen und Fahrer seien Selbständige. Was das finanziell für alle Beteiligten heisst, zeigt der Basler Rechtsprofessor Kurt Pärli in einem neuen Gutachten im Auftrag der Unia*.

UBER SPART MILLIONEN ...
Der grösste Profiteur des Modells Uber ist der US-Konzern selber. Weil er für

Das schuldet Uber den Fahrerinnen und Fahrern	Betrag (CHF)
Differenz zu existenzsicherndem Lohn	500.– bis 2000.–
Obligatorische Spesen (Auto, Benzin, Handy)	2000.– bis 2500.–
Feriengeld (8,33%)	374.–
Feiertaggeld (3,86%)	173.–
Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit	je nach Arbeitszeiten
Beiträge an Sozialversicherungen (Arbeitgeberanteil)	573.–
Total pro Monat	rund 3500.– bis 5500.–

QUELLE: SCHÄTZUNG UNIA

seine «selbständigen» Fahrer keine AHV- und IV-Beiträge, keine zweite Säule, keine Arbeitslosenversicherung und keine Unfallversicherung zahlt. Auch keine Spesen für Auto, Benzin und Handy. Und erst noch tiefe Löhne (siehe Tabelle). Eine Schätzung der Unia ergibt, dass Uber seit

seinem Markteintritt 2013 die Fahrerinnen und Fahrer in der Schweiz um bis zu eine halbe Milliarde Franken geprellt hat.

Für die Fahrerinnen und Fahrer heisst das zwar, dass sie einen grösseren Anteil ihrer Einnahmen bekommen. Doch die Fahrer müssen für

KEN LOACHS FILM «SORRY WE MISSED YOU»: EIN SELBSTÄNDIGER SKLAVE

Uber lässt grüssen: Familienvater Ricky Turner versucht sich als (schein)selbständiger Päckli-fahrer. Und fährt geradewegs ins Verderben. Von Beginn weg ahnen wir: Das kommt nicht gut. «Du arbeitest nicht für uns, du arbeitest mit uns», heisst es in der ersten Szene des neuen Films von Ken Loach. Der Mittvierziger Ricky bekommt es von seinem neuen Chef zu hören. Bisher hat Ricky vor allem auf dem Bau gearbeitet, hier und da, «von einem Scheissjob zum anderen». Jetzt will er sich selbständig machen, als Päcklifahrer für einen Kurierdienst. Der Chef gibt den Tarif durch: «Du bist jetzt Herr deines Schicksals. Das trennt die Verlierer von den Kriegern.»

KLINGT VERTRAUT? Genau: Auch der Dumping-Taxidienst Uber (siehe Text oben) wirbt mit dem Slogan «Sei dein eigener Chef» Fahrer an. Die sind selbständige «Partner». Genauso beim Päckliendienst DPD. Der stellt zwar in der Schweiz täglich 75 000 Pakete zu, hat aber keinen einzigen Fahrer angestellt.

FAMILIENLEBEN PER HANDY. «Partner» ist Ricky auch bald. Zuerst muss er aber seinen eigenen Lieferwagen haben. Für die 1000 Pfund Anzahlung muss seine Frau Abby ihr Auto verkaufen. Sie arbeitet als Spitex-Pflegerin, auf Abruf. Jetzt muss sie per Bus von Termin zu Termin und braucht dafür viel mehr Zeit.



KRISE: Vater Rickys Job als (Schein-)Selbständiger bringt ihn und seine Familie immer mehr unter Druck.

Deshalb bekommen die Kinder nach der Schule nur noch einen Handyanruf: Das Essen ist in der Mikrowelle. Und mach deine Hausaufgaben. Als der pubertierende Sohn auf die schiefe Bahn gerät, kann Ricky nicht freinehmen. Die 100 Pfund Strafe pro Tag kann er sich nicht leisten. Das Drama nimmt seinen Lauf. «Sorry We Missed You» heisst der

Film. Das steht auf den Zetteln, die Ricky in den Briefkastenschlitz schiebt, wenn eine Kundin nicht zu Hause ist. Es steht auch für die Fami-

lie, die sich immer mehr verpasst. Und es steht für die einst stolze britische Arbeiterklasse, die keine anständigen Jobs mehr findet. Die Rechtsregierung von Boris Johnson rühmt sich, sie habe die Arbeitslosenzahlen gesenkt. Aber die Statistik zeigt: Die Mehrheit der neu geschaffenen Jobs sind Scheinselbständige wie Ricky. Oder wie der britische DPD-Fahrer Don Lane, der letztes Jahr an Diabetes starb. Er war nicht zum Arzt gegangen, weil er sich die 150 Pfund Busse für eine verpasste Tour nicht leisten konnte.

Sorry We Missed You von Ken Loach läuft zurzeit in den Kinos.

CHRISTIAN EGG

DRINGEND ÄNDERN: Noch ist es in der Schweiz erlaubt, Homosexuelle als Gruppe zu beschimpfen und zu diskriminieren. Und den Worten folgen viel zu oft Gewalttaten. FOTO: ISTOCK

Endlich: Mehr Schutz gegen Homo-Hass

Ein Gesetz gegen die Angst

Beleidigungen und Gewalt: Schwule und Lesben sind kaum vor Angriffen geschützt. Das könnte sich mit der Abstimmung vom 9. Februar ändern.

PATRICIA D'INCAU

Am letzten Weihnachtessen war es für Zugdisponent Louis Marti* (52) mit der Feierlaune plötzlich vorbei. Sein Tischnachbar begann, blöde Sprüche zu machen. Darüber, dass Marti schwul und dass das nicht normal sei. Marti sagt: «Ich war schockiert, das zu hören. Ausgerechnet von einem Kollegen, von dem ich dachte: Der hat mich akzeptiert, so wie ich bin.» Doch an diesem Abend bekam Marti einmal mehr zu spüren: Dass er Männer liebt und nicht Frauen, macht ihn noch immer zur Zielscheibe. Auch bei der Arbeit.

Und damit ist er längst nicht allein. Beleidigungen, Mobbing und sogar Gewalt: Homo-Hass ist noch immer weit verbreitet – und nimmt laut der Schwulenorganisation Pink Cross sogar wieder zu. Auf der Strasse, in der eigenen Familie, und eben auch: am Arbeitsplatz.

GEPLAGT UND BELÄSTIGT

Deutlich zeigt das eine jüngere Umfrage der Universität Genf: 70 Prozent aller befragten schwulen oder lesbischen Angestellten gaben an, dass sie an ihrem Arbeitsplatz homofeind-

liche Stimmung erlebt haben. Das heisst: Beleidigungen und obszöne Bemerkungen, Ausgrenzung aus dem Team und sogar: physische und sexualisierte Gewalt. Letzteres trifft vor allem Frauen: Bei der Genfer Umfrage waren es in 26,8 Prozent aller Fälle lesbische Frauen, die sexuell belästigt wurden.

Dazu kommt für viele Homosexuelle die dauernde Angst, alles zu verlieren. Dann nämlich, wenn ihnen nach dem Coming-out gekündigt wird oder sie einen Job gar nicht erst bekommen. Einzig und allein, weil sie homo sind und nicht hetero. Rechtlich wehren können sich die Betroffenen heute nicht. Zwar sind diskriminierende Kündigungen und Nichtanstellungen durch das Gleichstellungsgesetz klar verboten. Doch weil die sexuelle Orientierung dort nicht explizit erwähnt wird, ent-

Gesetzeslücke: Schwule und Lesben sind Chefschutzlos ausgeliefert.

schied das Bundesgericht im Frühling im Fall eines schwulen Armeeangestellten: Schwule und Lesben könnten sich nicht auf das Gleichstellungsgesetz berufen. Und sind dem Arbeitgeber damit schutzlos ausgeliefert.

ENDLICH SCHUTZ?

Das zumindest könnte sich jetzt endlich ändern: Dann nämlich, wenn am 9. Februar der neue Diskriminierungsschutz angenommen wird. In erster Linie geht es darum, dass öffentliche Hass- und Gewaltaufrufe gegen Homosexuelle strafrechtlich belangt

werden können (siehe unten). Und Homosexuelle dürfen dann auch nicht mehr kategorisch von Leistungen ausgeschlossen werden, die für die Öffentlichkeit gedacht sind. Wie zum Beispiel der Besuch in einem Restaurant oder der Einkauf in einem Geschäft. Der freie Zugang zur Arbeitswelt wird hier zwar nicht explizit erwähnt. Doch für Reto Wyss vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) ist klar: «Niemand darf wegen seiner sexuellen Orientierung im Beruf ausgeschlossen werden. Deshalb besteht endlich die Chance, dass sich künftig auch Homosexuelle gegen diskriminierende Kündigungen und Nichtanstellungen wehren können.»

Vor allem aber würde die Schweiz mit dem neuen Diskriminierungsschutz in Sachen Gleichstellung ein Mini-Schrittchen vorwärts machen. Denn: aktuell ist sie eines der einzigen Länder Mitteleuropas, in denen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Inter- und Transmenschen (LGBTI) nicht rechtlich vor Diskriminierung geschützt sind. Dafür kassiert die Schweiz vom Europarat regelmässig eine Rüge. Und der jährliche europaweite Vergleich – das «Rainbow Ranking» – zeigt: Zu nur gerade 29 Prozent werden in der Schweiz die Menschenrechte eingehalten, wenn es um die Gleichstellung von LGBTI-Menschen geht.

ANGRIFF VON RECHTS

Ende 2018 fand da schliesslich sogar das bürgerlich-dominierte Parlament: Es braucht gesetzliche Verbesserungen. Und erweiterte die bereits bestehende Rassismus-Strafnorm um das Merkmal der «sexuellen Orientie-

Gratis: Flagge zeigen gegen Homophobie

«Farbe bekennen» lautet das Motto für die Abstimmung am 9. Februar. Dazu passt: eine Regenbogenfahne daheim am Balkon montieren und ein Zeichen gegen Homophobie setzen. Zu bestellen sind auch Buttons (Bild unten), Stickers oder Weihnachtskarten, alles gratis: jazumschutz.ch.

LOS! Organisiert wird die Kampagne von der Lesbenorganisation LOS, dem Schwulendachverband Pink Cross sowie weiteren LGBTI-Organisationen. Mit Unterstützung von linken und bürgerlichen Parteien, von Vereinen und Gewerkschaften. (pdi)

rung». Damit neben rassistischer Hetze eben künftig auch homophobe Hassaufrufe strafbar sind.

Mit dem Ja im Parlament war der erweiterte Diskriminierungsschutz eigentlich geritzt. Doch weil das den rechten Parteien EDU und SVP nicht passte, kommt die Vorlage jetzt an die Urne. Und die Umsetzung wird verzögert.

Ein riesiger Affront, findet SGB-Mann Wyss. Für ihn ist klar: «Die Rechten wollen einmal mehr die Grundrechte schleifen.» Schliesslich heisst es eigentlich schon längst in der Verfassung: Jeder Mensch hat das Recht, ohne Diskriminierung zu leben. Für Wyss ist es deshalb keine Frage, dass die Gewerkschaften für den Schutz vor Diskriminierung mobilisieren, denn: «Ein Ja am 9. Februar bedeutet ein Ja zum sozialen Fortschritt.»

Neuer SBB-Chef Juhu, ein Bähnler!

Wechsel an der SBB-Spitze: Auf Manager Andreas Meyer folgt der Bähnler Vincent Ducrot.

PATRICIA D'INCAU

Jetzt ist es raus: Vincent Ducrot (57) wird der neue Mann an der SBB-Spitze. Anfang April wird er den Posten vom bisherigen CEO Andreas Meyer (58) übernehmen. Und damit: viele Baustellen. Denn die Bilanz nach Meyers Manager-Ära (sein aktuelles Jahressalär: 987'442 Franken) ist desaströs: Der Personalbestand wurde zusammengestrichen, die Fahrpreise nach oben geschraubt, die Infrastruktur bescheiden unterhalten. Und mit dem Zug reibungslos von A nach B kommen: das ist für Pendlerinnen und Pendler immer öfter eher Glückssache.



Vincent Ducrot. FOTO: SBB

Ducrot soll's nun also richten. Immerhin: Service public ist für ihn kein Fremdwort. Schliesslich war er in den letzten acht Jahren Chef der freiburgischen Verkehrsbetriebe TPF. Und schon vorher arbeitete der Elektroingenieur bei den SBB: 1993 fing er dort in der Informatik an, machte steil Karriere und verliess den Betrieb 2011 als Leiter des Fernverkehrs.

Allerdings war Ducrot auch der Mann, der den SBB den «FV Dosto»-Zug von Bombardier eingebrockt hat. Der Kauf wurde noch unter seiner Leitung vorbereitet – als grösste Flottenbeschaffung in der Schweizer Bahngeschichte. Der Doppelstocker ist inzwischen als «Pannenzug» berüchtigt.

VERTRAUEN VERLOREN. Dass mit Ducrot ein alter Bähnler das Ruder übernimmt, stimmt die Eisenbahnergewerkschaft SEV aber optimistisch. SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger sagt:

Service public ist für Vincent Ducrot kein Fremdwort.

«Wir kennen ihn. Und wir hoffen, dass er einen anderen Fokus setzen wird als sein Vorgänger.» Unter Meyer sei der Betrieb «viel zu stark finanzgesteuert» gewesen. Die Folgen: unzählige Reorganisationen, Sparwut und Personalnotstand. Spalinger weiss: «Viele Angestellte leisten gerade Überstunden bis zum Abwinken.» Das Vertrauen in die Führung sei geschwächt. Und in den nächsten Jahren könnte es noch schlimmer werden: Dann gehen nämlich 10'000 Mitarbeitende in Pension – und der Nachwuchs fehlt.

Nicht erstaunlich, sind die Bähnlerinnen und Bähnler hässig auf die SBB-Spitze. Und machen ihrer Wut Luft: Am 2. Dezember protestierten 100 Bähnlerinnen und Bähnler aus allen Bereichen vor dem SBB-Hauptgebäude im Berner Wankdorf. Ihre Forderung an Nach-CEO Meyer und die übrigen Chefs: «Hört uns endlich zu!»

Damit dürfte auch schon Vincent Ducrot klar sein, was er zu tun hat.

Schutz vor Diskriminierung: Darum geht's

Im August 2018 veröffentlichte Florian Signer von der rechtsradikalen Kleinpartei PNOS eine haarsträubende Hetzschrift. Darin bezeichnete er Homosexuelle als «Deserteure» in einem «demogra-

Gewalt- und Hassdelikte gegen Lesben und Schwule nehmen zu.

phischen Krieg» und behauptete, Schwule würden «Pionierarbeit für Pädophilie» leisten. Dazu forderte Signer: Homosexualität in der Öffentlichkeit solle strafbar sein – und Schwule und Lesben sollten sich «der Wissenschaft zur Verfügung» stellen. Ein Satz, der an die Nazizeit erinnert. Schliesslich wurden Homosexuelle damals für «me-

dizinische Experimente» missbraucht und bis zum Tod gequält.

Gegen Signers Pamphlet reichten 245 Personen Anzeige ein, zusammen mit dem Schwulendachverband Pink Cross. Allerdings ohne Erfolg. Denn: Weil Homo-Hass (noch) nicht verboten ist, gab es keinen Strafbestand.

Diese Lücke soll jetzt geschlossen werden. Wenn die Vorlage am 9. Februar angenommen wird, gilt: Wer gegen Homosexuelle hetzt, sie systematisch herabsetzt oder gar zu Gewalt aufruft, soll künftig mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren bestraft werden.

KEIN «SONDERRECHT». Eine solche Bestimmung kennt das Gesetz mit der Rassismus-Strafnorm schon

heute. Sie stellt die Hetze gegen Menschengruppen aufgrund ihrer Rasse, Ethnie und Religion unter Strafe. Die Verankerung von mehr Schutz für Schwule, Lesben und Bisexuelle ist damit nicht ein «unnötiges Sonderrecht», wie etwa die SVP behauptet. Und schon gar nicht für Einzelpersonen. Schliesslich greift die neue Strafnorm nur dort, wo in der Öffentlichkeit gegen Homosexuelle als ganze Gruppe gehetzt wird. Während sich Schwule und Lesben – wie alle anderen auch – schon heute rechtlich gegen persönliche Beleidigungen oder Angriffe wehren können.

Hier würde der neue Diskriminierungsschutz allerdings auch vorbeugend wirken: Schliesslich ist die Verbreitung von Hetze mitverantwortlich dafür, dass Schwule und Lesben Opfer von Gewalt werden.

Und das offenbar wieder häufiger. Denn: Laut dem Dachverband Pink Cross nehmen Gewalt- und Hassdelikte gegen Schwule, Lesben und Bisexuelle zurzeit wieder zu. Der jüngste bekannte Angriff ereignete sich im September in Zürich: Ein Mann wurde auf offener Strasse von fünf Männern brutal zusammengeschlagen – weil er seinen Freund geküsst hatte. (pdi)



Gewerkschaften:
Ja zum
Klimastreik!

Ob Baubüezer, Verkäuferin oder Pfleger, alle Arbeitnehmenden sind von der Klimakrise betroffen. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften den Klimastreik vom 15. Mai 2020.



Seit 30 Jahren liegen die Fakten auf dem Tisch: Machen wir mit dem CO₂-Ausstoss weiter wie bisher, steuert die Erde auf eine Erwärmung von plus 3,4 bis 3,9 Grad zu. Zum Vergleich: 5 Grad in die andere Richtung, also kälter, bedeuten eine Eiszeit. Dennoch stiegen die CO₂-Emissionen in den letzten zehn Jahren um jährlich 1,5 Prozent, 2018 wurde sogar ein neuer Höchstwert erreicht. Das zeigt der neuste Uno-Bericht. Die gute Nachricht: Eine CO₂-freie Schweiz bis 2030 ist ökonomisch und technologisch möglich. Das zeigt der grosse ökosoziale Umbauplan in 19 Tafeln (rebrand.ly/co2-neutrale-schweiz). Die schlechte Nachricht: Noch fehlt der politische Wille.

AVANTI, POPOLO! Aber die Klimajugend hat weltweit und auch in der Schweiz den Klimaschutz zuoberst auf die politische Agenda gebracht. Und ruft für den 15. Mai 2020 zum Klimastreik auf. Und jetzt ist klar: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und auch die Unia unterstützen diesen Streik. Denn: Alle Arbeitnehmenden spüren die Auswirkungen des Klimawandels. In besonderem Masse Arbeitende auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im Verkehr, in der Pflege oder in der Betreuung. Deshalb ruft die Delegiertenversammlung der Unia ihre Mitglieder dazu auf, sich am Arbeitsplatz und bei den Demos am Klima-Aktionstag zu beteiligen. Der SGB seinerseits fordert alle Gewerkschaften auf, mit der Klimajugend zusammenzuarbeiten und mindestens eine Stunde Streik oder eine Aktion während der Arbeitszeit in Erwägung zu ziehen.

GELD ZURÜCK. Zudem fordert die Unia Investitionen in eine ökologisch nachhaltige Produktions- und Bauweise, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den ökologischen Umbau und eine Energiewende mit dem Ziel der CO₂-Neutralität. Der Klimaschutz soll Teil des Service public werden, insbesondere im Transport und im Verkehr. Und ganz wichtig: Der ökologische Umbau müsse sozialverträglich sein. Lenkungsabgaben und Transformationskosten sollen vollumfänglich an die Bevölkerung zurückerstattet werden. (asz)

Neue Studie zeigt: Darum war der Arbeitskampf um die SBB-Werkstätten in Bellinzona ein historischer Erfolg
Sogar der heilige Giuseppe streikte



GIÙ LE MANI! «Hände weg von unseren Werkstätten!» war der berühmte Spruch der Officine-Streikenden.

Ein legendärer Streik verhinderte die geplante Schliessung der SBB-Werkstätten (Officine) in Bellinzona. Das war vor gut 10 Jahren. Jetzt zeigt eine Studie die Gründe für diesen Riesenerfolg.

RALPH HUG
März 2008, Bellinzona TI: Büezer in der SBB-Werkstatt beginnen zu streiken. Und verhindern so die geplante Schliessung der SBB-Werkstätten. Es war einer der grössten Streiks der jüngeren Geschichte. Was war der Schlüssel zum Erfolg? Es war die konsequente Politisierung ihres Kampfs. Das sagt jetzt eine aufschlussreiche Studie*. Sie stammt von Forschern der linken Tessiner Stiftung Pellegrini Canevascini. Sie haben die umfangreiche Dokumentensammlung zu diesem Streik ausgewertet. Die Belegschaft war zum Kampf entschlossen.

Denn alle wussten: Jobs sind im Tessin dünn gesät. Wer arbeitslos wird, hat es schwer. Die Gegnerin war die SBB-Spitze in Bern. Manager um Chef Andreas Meyer, die weit weg von den Realitäten der Südschweiz eine verkorkte Reform des Güterverkehrs durchziehen wollten. Sie merkten nicht, dass die Werkstätten zur industriellen DNA des Tessins gehören. Kaum eine Familie im Kanton ohne Angehörige,

Die Streikenden machten aus dem Protest eine veritable Volksbewegung.

die nicht in den Officine gearbeitet hatten. Deshalb empfanden breite Kreise die Schliessung als Affront. Dies einte alle Mitarbeitenden im Betrieb – vom Mechaniker bis zur Ingenieurin. Doch es brauchte auch ein kluges Streikkomitee. Die Mitstreiter um

Streikführer Gianni Frizzo machten aus einem Betriebsprotest eine veritable Volksbewegung. Nicht nur die Bevölkerung solidariserte sich mit den Betroffenen, sondern auch die Stadt- und Kantonsbehörden. Und sogar die Kirche, was sonst selten ist: Der Bischof persönlich las in der Carrosseriemalerei vor laufenden TV-Kameras die Ostermesse.

AM FEIERTAG NACH BERN
Und auch ein Heiliger spielte eine wichtige Rolle: San Giuseppe Lavoratore. Katholische Kantone feiern am 19. März den Josefstag zu Ehren von Marias Ehemann, der Handwerker war. Auch das Tessin.

Die Streikenden nutzten den Feiertag zu einem Ausflug nach Bern. Dort tagte gerade der Nationalrat. Die machtvolle Demo der Tessinerinnen und Tessiner vor dem Bundeshaus machte Eindruck. Als Folge richtete der Bundesrat einen runden

Tisch mit Franz Steinegger (FDP) als Vermittler ein.

DEBATTEN, ZWEIFEL, RIVALITÄTEN
In Bellinzona war der Streik kein Sonntagsspaziergang. Das zeigen die Gesprächsprotokolle mit den Teilnehmenden. Sie geben einen Einblick in die Mikrodynamik einer Streikbewegung. Debatten, Streit, Zweifel, Rivalitäten, Misstrauen, Angst, Wut, Verzweiflung und Hoffnung waren an der Tagesordnung. Es gab ein wochenlanges Wechselbad der Gefühle: «Ich schäme mich nicht zu sagen, dass ich vor dem Streik ein wenig Angst hatte»,

Der Streik bedeutete für viele ein Wechselbad der Gefühle.

berichtet ein Arbeiter. Am Schluss waren aber auch viele stolz auf das Erreichte. «Hundert Jahre sozialer Frieden, und dann mischen 340 Arbeiter die Szene auf und scheren sich einen Dreck um alle Regeln», erinnert sich ein anderer Büezer. Die Officine wurden nicht geschlossen. Es wird zwar bald neue Werkstätten in der Nähe von Bellinzona mit weniger Arbeitsplätzen als vorher geben. Doch der Grossteil der Jobs bleibt dem Tessin erhalten.

So ist Bellinzona zu einem wichtigen Symbol in der jüngeren Streikgeschichte geworden. Es zeigt, dass man selbst unter schwierigen Umständen Erfolg haben kann. Für Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner sind die Officine «eine Ermütigung für alle, die mit vermeintlich unabwendbaren Entscheiden des Managements konfrontiert werden».

Paolo Barcella et al.: **Der Streik in den SBB-Werkstätten in Bellinzona**, Edition 8, Zürich, CHF 21.–. Mit DVD des Dokufilms **Giù le mani** von Danilo Catti (italienisch mit deutschen Untertiteln).

TOPP-TIPP ODER VOLL-FLOP?

Mundart-Slam-Poet Remo Zumstein testet Life-Hacks - von Toner sparenden Schriftarten bis zu Strom spendenden Kartoffeln.

www.wagner.ch/it-schabernack





WAGNER

IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

Was ist bloss los bei den Migrationsbehörden? Amtswillkür!



BEHÖRDENOPFER: Martina Altagracia (Thurgau, linkes Bild), Adelina Bekteshi (Schaffhausen) und Andrés Hurtado (Zürich). FOTO: MICHAEL SCHOCH

Im Migrationsbereich häufen sich Fehler, Verzögerungen und Schickanen: drei haarsträubende Fälle.

JONAS KOMPOSCH

Martina Altagracia (52) war eigentlich guter Dinge, als sie im September 2017 auf das Einwohneramt von Sulgen TG ging. Denn nach monatelangem Warten hatte ihr das Amt mitgeteilt, sie könne ihre Aufenthaltsbewilligung abholen kommen. Diese musste sie als Italienerin auf der Gemeinde deponieren, als sie mit ihrem Mann von Zürich in den Thurgau zügelte. Nun würde

B-Ausweis wird plötzlich L-Bewilligung ...

sie die wichtigen Papiere endlich wieder in den Händen halten können, dachte die zweifache Mutter, die damals zwei unbefristete Arbeitsverträge hatte.

Sie putzte Tag für Tag in einem Spital und mehrmals pro Woche auch in Privathaushalten. In beiden Fällen war sie in Stundenlohnverträgen angestellt. Doch am Schalter traf Altagracia fast der Schlag: Aus ihrem B-Ausweis, den sie vom Kanton Zürich eben erst erhalten hatte und der sie zu einem Aufenthalt von fünf Jahren berechnete, hatte das Thurgauer Migrationsamt einfach einen L-Ausweis gemacht. Der gestattet bloss einen «Kurzaufenthalt» – in ihrem Fall von einer Dauer von nicht einmal drei Monaten. Altagracia: «Für mich brach die Welt zusammen.» Warum hatte ihr das Amt das angetan? Altagracia meldete sich bei der Unia. Als Unia-Ju-

rist Javier Suarez beim Migrationsamt nachfragte, antwortete dieses: Altagracia sei ja nur stundenweise angestellt und werde daher früher oder später wahrscheinlich auf Sozialhilfe angewiesen sein. Angeblich Grund genug, die B- durch eine L-Bewilligung zu ersetzen.

Suarez sah sich gezwungen, der Behörde eine Lektion in Migrationsrecht zu erteilen: Erstens reicht eine blosser Vermutung nicht, um eine Aufenthaltsbewilligung zu entziehen. Zweitens kennt das Gesetz nur den Begriff der Erwerbstätigkeit und unterscheidet nicht zwischen verschiedenen Anstellungsverträgen. Und drittens braucht es für den Widerruf einer B-Bewilligung eine schriftliche Verfügung. Dass sie diese Grundsätze missachtet hatte, konnte die Thurgauer Behörde nicht leugnen. Schliesslich gab sie Altagracia ihre 5-Jahres-Bewilligung zurück.

SCHLUDRIGKEITEN IN ZÜRICH

In Schock versetzten die Ausländerbehörden auch Andrés Hurtado (58). Der Spanier kam vor neun Jahren nach Zürich und arbeitete Vollzeit auf dem Bau. Bis zum Unfall: Ein junger Temporärarbeiter löste in einem Rohbau den falschen Stützpriess, so dass die gesamte Deckenschalung herunterbrach. Hurtado: «Ich sah es kommen und wollte den Kollegen noch retten.» Vergebens. Beide verletzten sich schwer. Als Hurtado wieder als arbeitsfähig eingestuft wurde, stellte die Suva die Tagelöhner ein. Doch zurück auf den Bau dürfe er unter keinen Umständen gehen, riet ihm sein Arzt.

Bloss: Eine andere Arbeit fand der Spanier nicht, trotz diversen Deutsch-, Integrations- und Weiterbildungskursen. Also blieb ihm nur noch die Sozialhilfe. Für

Hurtado ein Schock: «Ich habe mein ganzes Leben lang gearbeitet und bin nicht in die Schweiz gekommen, um vom Sozialstaat zu leben.» Doch es kommt noch schlimmer: Ende 2018 teilt ihm das Zürcher Migrationsamt mit, er habe genau ein Jahr Zeit, um aus der Sozialhilfe zu kommen, ansonsten werde seine B-Bewilligung widerrufen.

Unfall gilt plötzlich als selbstverschuldet ...

Wieder musste Unia-Jurist Suarez intervenieren: «Ich konnte eindeutig beweisen, dass die Behörde ihre Pflichten verletzt hatte.» Sie prüfte nämlich nicht, ob Hurtado selbstverschuldet Sozialhilfe bezieht und ob er sich um eine neue Stelle bemüht. Trotzdem dauerte es ein halbes Jahr, bis Hurtados Aufenthaltsbewilligung verlängert wurde.

Dabei wäre dieses aufwendige Verfahren gar nicht nötig gewesen. Weil Spanien zu jenen 17 Ländern gehört, mit denen die Schweiz vereinfachte Niederlassungsvereinbarungen abgeschlossen hat. Bauarbeiter Hurtado hätte deshalb schon nach fünf Jahren in der Schweiz Anrecht auf die unbefristete Niederlassungsbewilligung C gehabt. Doch das Migrationsamt hatte Hurtado nie über diese Vereinbarung informiert.

FUNKSTILLE IN SCHAFFHAUSEN

Auch Post-Mitarbeiterin Adelina Bekteshi (22) weiss, was es heisst, den Migrationsbehörden ausgeliefert zu sein. Die Italienerin lebte mit ihrem Vater im Wallis, bevor sie zusammen nach Schaffhausen zog. Im März 2017 kamen auch Adelinas Mutter und ihre jüngere

Schwester von Italien an den Rhein und meldeten sich auf der Gemeinde an. Wie es sich eben gehört.

Doch das Schaffhauser Migrationsamt lässt sich Zeit, sehr viel Zeit. Bekteshi sagt: «Bis auf den heutigen Tag ist weder meine Mutter noch meine Schwester in Besitz irgendeiner Aufenthaltsbewilligung!» Nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhielten die beiden. Absolute Funkstille herrschte selbst dann noch, als der Vater mehrmals auf dem Migrationsamt vorgesprochen hatte. Nur einmal, erzählt Tochter Bekteshi, habe ein Verwaltungsangestellter ihrem Vater ein Angebot gemacht: «Wenn Sie Ihre B-Bewilligung zurückgeben, können dafür Ihre Frau und Ihre Tochter eine erhalten.»

Schikanen wie diese machen der Familie Bekteshi schwer zu schaffen. Denn ohne geregelten Aufenthalt hat Adelinas Mutter keine Chance, einen neuen Job zu finden. Deshalb muss sie weiterhin als Gebäudereinigerin in prekärsten Verhältnissen arbeiten. Und die Schwester findet ohne Aufenthaltsbewilligung keinen Lehrbetrieb, der sie einstellen

... und keine Antwort ist auch eine Antwort.

will. Auch die Autoprüfung darf sie ohne Papiere nicht machen. Trotz allem ist Adelina Bekteshi zuversichtlich: «Wir sind im Recht und geben nicht auf!» Nächste Woche wird sie mit Unia-Jurist Suarez beim Schaffhauser Regierungsrat Beschwerde wegen Rechtsverweigerung einlegen. Dann dürfte es endlich vorwärtsgehen.

Unia-Jurist Suarez: «Es kommt sehr häufig zu verrückten Entscheidungen»

JONAS KOMPOSCH

work: Sind die Fälle von Altagracia, Hurtado und Bekteshi Ausnahmefälle?

Javier Suarez: Leider nicht. Es kommt sehr häufig zu verrückten und überhaupt nicht nachvollziehbaren Entscheidungen. Oft fällen die Ämter einfach mal einen Entscheid und warten ab, ob die betroffene Person diesen akzeptiert oder ob sie Widerspruch einlegt. Willkürfälle im Ausländerrecht sind ein altbekanntes Problem. Die Anwaltschaft wie auch die Rechtswissenschaft prangern das seit Jahren an.

Warum ändert sich nichts?

Es ändert sich durchaus etwas. Aber in die falsche Richtung. Die drei geschilderten Fälle (siehe Artikel links) sind klare Folgen einer immer restriktiveren Migrationspolitik. Seit dem 1. Januar ist ja das verschärfte neue Ausländer- und Integrationsgesetz in Kraft. Wir Migrationsjuristen haben seither viel mehr Widerrufsverfügungen auf dem Tisch als früher. Den Leuten wird häufiger die Aufenthaltsgenehmigung B entzogen, die zu einem Aufenthalt von fünf Jahren berechtigt. Und heute ist für viele auch die Niederlassungsbewilligung C nicht mehr sicher, die eigentlich bedingungslos und uneingeschränkter Aufenthalt garantiert. Früher konnte einer Person, die seit mehr als 15 Jahren mit einer C-Bewilli-

«Ämter warten ab, ob die Betroffenen sich wehren.»

gung in der Schweiz lebte, die Niederlassungsbewilligung nicht entzogen werden, nur weil sie plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen war. Heute gilt das zum Beispiel nicht mehr. Zudem können die Migrationsämter neu die Personendossiers der Sozialhilfebehörden einfordern. Wenn sie darin sehen, dass jemand vom Sozialstaat abhängig ist, schicken sie sofort eine Verwarnung. Oft ohne vorher geprüft zu haben, ob die Arbeitslosigkeit oder der Sozialhilfebezug selbstverschuldet seien.

Sind gewisse Migrationsämter einfach unfähig oder absichtlich gemein?

Meist sind nicht die einzelnen Sachbearbeitenden das Problem. Sie handeln nicht bewusst willkürlich. Die Rechtsfehler sind eher die Folge einer Institutionalisierung der restriktiven Migrationspolitik. Allerdings stechen einzelne Migrationsbehörden



MIGRATIONSJURIST: Javier Suarez hat meistens Erfolg. FOTO: MICHAEL SCHOCH

den als besonders unbarmherzig heraus, jene der Kantone Zürich und Thurgau sind unter Juristen besonders verrufen. In Zürich etwa fällen einfache Sachbearbeiter wichtige Entscheide, die für die Betroffenen existentielle Folgen haben. Dabei brauchte es dafür juristische Fachpersonen und eine Kontrollinstanz. Es werden aber einfach standardisierte Richtlinien angewendet. Solche Automatismen darf es in einem Rechtsstaat aber nicht geben. Jeder Einzelfall muss sorgfältig geprüft werden.

Was raten Sie Betroffenen der Ämterwillkür?

Nicht verzweifeln, sondern sich Hilfe holen, etwa bei der Unia! Meistens haben wir Erfolg.

Auch Blocher-Intimus ist dafür:
SNB-Milliarden für die AHV-Renten

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hockt auf einem riesigen Vermögen. Das hat sie angehäuft, damit der Franken nicht noch überbewertet wird. Deshalb drückt die SNB Franken und kauft damit Devisen und Anlagen in Fremdwährungen. Allein zwischen Januar und September dieses Jahres hat sie mit Devisenwetten 52 Milliarden Franken Gewinn gemacht. Ihr Eigenkapital liegt unterdessen bei 170 Milliarden Franken. Dieses Geld legt die SNB in ausländischen Aktien an, auch in Firmen, die weder sozial noch nachhaltig sind. Statt zum Beispiel in einen Staatsfonds zur Finanzierung des ökologischen Umbaus der Schweiz zum klimaneutralen Land.

SCHILTKNECHT DABEI. Die SNB gehört dem Volk. Sie ist Volksvermögen. Und darum steht auch in der Verfassung, dass die Gewinne der SNB ans Volk zurückverteilt werden müssen. Das geschieht heute nur in homöopathischen Dosen via die Kassen von Bund und Kantonen.



NATIONALBANK:
Auch Ex-Chef-ökonom will Geld für die AHV.
FOTO: KEYSTONE

Die Gewerkschaften wollen das ändern. Und einen Teil der SNB-Milliarden der AHV zukommen lassen. Für einen AHV-Dreizehnten zum Beispiel. Wie das geht, hat SGB-Chef Pierre-Yves Maillard im work-Interview skizziert (nachzulesen hier **rebrand.ly/ahvmilliarden**).

Unterdessen will das auch Kurt Schiltknecht. Er ist ehemaliger SNB-Chefökonom, Blocher-Intimus und Alt-Trotzkist mit SP-Vergangenheit. Er schlägt vor, die SNB-Milliarden in den AHV-Reservefonds (oder einen anderen staatlichen Reservefonds) zu leiten. Laufende Ausgaben will er damit allerdings nicht finanzieren. So weit ist die Vernunft rechts dann doch noch nicht gediehen. (cs)

Nach fünf Jahren: Die Alibi-Baugewerkschaft Novatrava gibt auf
Das Novatrava-Debakel

Weil ihnen die Unia zu hartnäckig war, bastelten sich die Baumeister eine eigene, handzahme «Gewerkschaft». Jetzt ist das Experiment definitiv gescheitert.

JONAS KOMPOSCH

Es ist ein Abgang ohne Sang und Klang, mit dem Novatrava ihre Mitglieder verblüfft. Die selbsternannte Arbeitnehmerorganisation für Baubüezer schreibt auf ihrer Homepage: «Novatrava wird per 31.12. 2019 aufgelöst!» Der Grund? «Eine Neuorientierung.» Die Mitglieder? «...können noch bis Jahresende von unseren Dienstleistungen profitieren.» Punkt. Schluss. Aus. Mehr Informationen gibt die Homepage nicht her. Und auch Novatrava-Chef Max Forster will nichts sagen. Erst recht nicht zu work, der Zeitung jener Gewerkschaft, gegen die Novatrava aufgebaut werden sollte.

Die Geschichte von Novatrava beginnt 2014, als heisse Verhandlungen zum Landesmantelvertrag (LMV) für das boomende Bauhauptgewerbe bevorstanden. Die Unia forderte als grösste Baugewerkschaft hartnäckig Verbesserungen bei den Löhnen und der Arbeitssicherheit. So hartnäckig, dass der Baumeisterverband (SBV) zu schäumen begann und zu einer sonderbaren Methode

Nach einem Jahr hatte Novatrava erst 2 Mitglieder.

griff: Eine eigene und arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft sollte her. Mit einer solchen, so der Plan, könnte jeder beliebige Vertrag abgeschlossen werden. Einen Geburtshelfer für die gewünschte Chef-Gewerkschaft fand sich bald in der damaligen Führung des Verbands Baukader Schweiz, einer sozialpartnerschaftlichen Berufsorganisation, zu der die Baumeister traditio-



FOTO: DREAMTIME

nell enge Beziehungen pflegen und die damals mitunter tiefere Einstiegslohne fürs Baugewerbe forderte.

ZÜCKERLI UND LOCKMITTEL

Kaum war Novatrava da, teilte sie gegen die Unia aus: Diese demonstrierte zu häufig, sei allgemein zu konfrontativ und voll von «ideologischem Ballast». Für den damaligen SBV-Präsidenten Werner Messmer war das der gewünschte Steilpass. Sofort drohte er, den LMV künftig ohne die Unia, sondern nur noch mit der braven Novatrava und der Gewerkschaft Syna verhandeln zu wollen. Umsonst, denn der Plan hatte einen Haken. Ein Jahr nach der Gründung liessen sich die versammelten Novatrava-Mitglieder näm-

lich an einer Hand abzählen. Es waren zwei! Und noch Monate später waren es erst 70. Viel zu wenig, um der Unia in den Vertragsverhandlungen 2015 die Stirn zu bieten, und meilenweit entfernt vom gesteckten Ziel von 3000 Mitgliedern. Viele Baumeister waren enttäuscht, denn sie hatten tatkräftig die Werbetrommel gerührt und Novatrava-Funktionären bereitwillig Zutritt zu Baustellen und Werkhöfen gewährt. Ausserdem diente ein extrem tiefer Mitgliederbeitrag als Lockmittel, und einen iTunes-Gutschein gab's als Zuckerli gratis zu jedem Beitritt. Doch die Buezer wollten einfach nicht. Nun, nach über fünf Jahren, hat der Spuk ein Ende. Lichterlöschen per Ende Jahr.

INSERAT



21 Mal im Jahr zeigen wir den Rechten die rote Karte. Oder die pinkige.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

la suisse existe Jean Ziegler**FLÜCHTLINGSLAGER: EUROPAS STRATEGIE DES TERRORS**

Der französische Philosoph Montesquieu schreibt: «Der Zerfall der Sitten beginnt mit dem Zerfall der Sprache.» Mit Sitten meint er die Normen, Regeln, Werte und Institutionen, die eine Gesellschaft bestimmen. Der Zerfall der Sprache ist in Europa überall feststellbar. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hitler-Nostalgie und rechtsextreme Parolen werden zunehmend als normal akzeptiert.

ABSCHRECKEN, ZURÜCKJAGEN. Um sich vor Flüchtlingen zu schützen, hat die Europäische Union an ihren Südgrenzen, insbesondere im Ägäischen Meer und in Süditalien, sogenannte Hotspots eingerichtet. Dort werden die ankommenden Flüchtlinge hinter Betonmauern und Nato-Stacheldraht interniert und faktisch daran gehindert, ein Asylgesuch zu deponieren. Im vergangenen Mai habe ich auf Lesbos eines dieser Auffanglager besucht. Die Lebensbedingungen dort

Für Verfolgte gibt es keinen illegalen Grenzübertritt.

sind grauenhaft. Offensichtlich sollen die Menschen abgeschreckt werden.

Vielmehr kommen die Flüchtlinge gar nicht erst auf europäischen Boden. Ihre Boote werden durch die türkische und die griechische Küstenwache, die Nato und die europäische Grenzschutz Frontex zur Umkehr gezwungen.

Das Recht auf Asyl ist ein universelles Menschenrecht. Für einen Verfolgten gibt es keinen illegalen Grenzübertritt. Das bestimmt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die alle 193 Uno-Mit-



HINTER STACHELDRAHT: Ein Mädchen im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos, Griechenland. Die Lebensbedingungen in diesem Lager sind grauenhaft. FOTO: GETTY

gliedstaaten anerkennen müssen. In Artikel 14 heisst es: «Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen.» Ob der Gaststaat dieses Asylgesuch annimmt oder ablehnt, ist eine andere Frage. Was an der EU-Aussengrenze passiert, ist die Verunmöglichung, einen Asylantrag überhaupt zu stellen. Eine eklatante Verletzung der Menschenrechte.

Am 26. Mai dieses Jahres haben die EU-Staaten ihr Parlament neu bestellt. Im Juli haben die Staats- und Regierungschefs überraschend die konservative deutsche

Politikerin Ursula von der Leyen als neue Kommissionspräsidentin nominiert. Das 751köpfige EU-Parlament bestätigte ihre Ernennung mit einer Mehrheit von neun Stimmen. Zu ihrem Sieg beigetragen haben insbesondere die Abgeordneten der extrem rechten, flüchtlingsfeindlichen Staaten der Union. Ihr unterlegener Konkurrent im konservativen Lager, der bayrische Politiker Manfred Weber, hatte angekündigt, im Falle seiner Wahl die regionalen Kohäsionszahlungen an flüchtlingsfeindliche Staaten auszusetzen. Von der Leyen dagegen plädierte lediglich für

«vertieften Dialog». In diesem Jahr werden es 63 Milliarden Euro sein, die von der EU an die wirtschaftlich schwachen Mitgliedstaaten, insbesondere in Osteuropa, verteilt werden. Viele von ihnen sind unbedingt auf die Kohäsionszahlungen angewiesen, die offiziell das Ziel haben, die himmelschreiende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den 26 Mitgliedstaaten zu verringern.

DIE MACHT DER SCHANDE. Der Anfang dieses Monats abgetretene EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Abschreckungsstrategie mit den Hotspots entwickelt. Sie zerstört die moralischen Grundlagen der Europäischen Union. Dabei ist sie ineffizient. Wer im syrischen Idlib von russischen Flugzeugen bombardiert wird oder im afghanischen Kabul laufend Anschlägen ausgesetzt ist, ergreift die Flucht, wie schrecklich auch immer die Nachrichten aus den Flüchtlingslagern sind. Die EU ist eine demokratische Institution. Es gibt keine prinzipielle Ohnmacht in der Demokratie. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, verfügen über die Macht der Schande. Es ist an uns, die politischen Verhältnisse zu verändern und die Strategie des Terrors, die von der Leyen unverändert weiterführen will, zu beenden. Wir müssen die sofortige Schliessung der Hotspots erzwingen. Sie sind die Schande Europas.

Das Thema der Kolumne behandelt Ziegler ausführlich in seinem neuen Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.** Es erscheint im kommenden Januar.

Brisante Studie: In ehemaligen Sklavenhalterstaaten kennen Eurokonzerne keine Sozialpartnerschaft

Nestlé & Co. tyrannisieren US-Mitarbeitende

Gewerkschaft im Haus? Nicht bei Nestlé in MacDonough, Georgia, USA. Im ehemaligen Sklavenhalterstaat tritt der Schweizer Lebensmittelmulti die Arbeitnehmerrechte mit Füssen. Und nicht nur er.

RALPH HUG

Plötzlich fiel Kim Carmichael auf, dass ganze Teams von Personalchefs im Verteilzentrum auftauchten: «Sogar ein Top-Mann aus der Schweiz war da», erinnert sie sich. Carmichael arbeitet im grossen Lagerzentrum von Nestlé in MacDonough im US-Südstaat Georgia. Die Personalchefs boten Angestellte einzeln und gruppenweise zu Gesprächen auf. Dort hörten diese, dass eine Gewerkschaft schlecht sei, dass sie ihnen nur das Geld aus der Tasche ziehen wolle und dass sie um ihre Zulagen fürchten müssten, falls sie beiträten.

EINSCHÜCHTERUNGEN

Das war vor drei Jahren. Damals wollten einige langjährige Nestlé-Mitarbeitende wie Kim Carmichael eine Arbeitnehmervertretung auf die Beine stellen. Dies mit Hilfe der Gewerkschaft RWDU, die Berufstätige im Verkauf und in Waren- und

Lagerhäusern organisiert. Carmichaels Arbeitskollege Edwin Murray erklärt: «Wir hatten keine Stimme, die Chefs hörten nicht auf uns.» Murray arbeitet seit zwölf Jahren bei Nestlé. Ein besonderes Ärgernis war, dass Mitarbeitende sogar erst am Freitagnachmittag für einen Dienst mit Überstunden am Samstag aufgeboden werden konnten. So wird das Familienleben am Wochenende schwierig.

Nestlé tat alles, um die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Bis hin zur Drohung, das Lagerzentrum zu schliessen. Dennoch votierten die Kolleginnen und

Mitarbeitende erhalten Zwangsaufgebote zu Meetings, wo die Chefs die Gewerkschaft verleumdete.

Kollegen im April 2017 in einer Abstimmung ganz knapp für die Gewerkschaft. Nach US-Gesetz hat die RWDU nun das Recht, mit der Nestlé-Leitung Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Nur: Der Konzern gewährte zwar Gespräche, doch viel wurde daraus nicht. Ausser dass Samstag-

arbeit jetzt früher angekündigt werden muss. Die Nestlé-Manager beharrten insbesondere darauf, weiterhin Versammlungen für «faktische Information» einzuberufen. Will heissen Zwangsaufgebote zu Meetings, wo die Chefs mit Einschüchterung und Verleumdungen Stimmung gegen die Gewerkschaft machen.

LASCHE GESETZE

Dies steht im krassen Gegensatz zum offiziellen Bekenntnis von Nestlé zur Sozialpartnerschaft und zur Respektierung von Arbeitnehmerrechten. Gelten denn diese in Georgia nicht? Nein, sagt jetzt eine aufsehenerregende Studie, die der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und der Europäische Gewerkschaftsbund erstellt haben.* Im Fokus sind europäische Konzerne, die sich im Süden der USA niedergelassen haben. Das sind die ehemaligen Sklavenhalterstaaten wie Louisiana, Alabama, Tennessee, Mississippi, Texas oder eben Georgia. Dort sind die Leute arm, die Löhne tief, die Gewerkschaften schwach, die Gesetze lasch und die Behörden stets auf der Seite der Unternehmer, die sich oft als befehlsgewohnte Tyrannen aufspielen.



AUSSER KONTROLLE: Arbeitsrechte scheinen für Eurofirmen in gewissen US-Bundesstaaten nicht zu gelten. Ein Nestlé-Mitarbeiter bei der Produktion von Dosenkürbis. FOTO: GETTY

Der Bericht zeigt, wie die Konzerne die Armut und Rückständigkeit dieser Staaten ausnützen, um mehr Profit herauszuschlagen. Angelockt durch Subventionen und Steuervergünstigungen, treten dort VW, Airbus, Ikea oder Thyssenkrupp die Arbeitnehmerrechte, die sie sonst in Europa beachten müssen, mit Füssen. Sie heuern «Union Busting»-Firmen an. Das sind Kanzleien, die ihr Geld mit schmutzig-

aggressiven Kampagnen gegen die Gewerkschaften verdienen. In den USA ein Milliardengeschäft, wie der Bericht vermerkt. Er warnt auch davor, dass solche Machenschaften von den USA nach Europa importiert werden könnten.

* Der 100seitige Bericht **The double standard at work** (nur englisch) kann auf der Website des Europäischen Gewerkschaftsbunds ETUC heruntergeladen werden: www.etuc.org

Das Wendejahr

Was für ein bewegtes und bewegendes Jahr 2019 doch ist – und bald schon war! Wie ein lila Lauffeuer eroberte zuerst der Frauenstreik die Schweiz. Und dann stand plötzlich Greta Thunberg da, wie von einem anderen Stern, und rief: «Solange ihr euch nicht darauf konzentriert, was getan werden muss, sondern darauf, was politisch möglich ist, gibt es keine Hoffnung.» Und ihre Worte schlugen ein wie Blitze. Die Klimabewegung war geboren. Und wieder drängten gegen 100 000 Menschen auf die Strassen. Bern barst aus allen Nähten.

BLEIERNE JAHRZEHNTE VORBEI. Endlich wollen die Jungen und viele Ältere wieder die Welt verändern. Nach bald dreissig Jahren neoliberaler Gehirnwäsche und Sparprogrammen ist das eine Wohltat. Der Vormarsch der Frauen-, Fremden- und Klimafeinde Trump, Orbán, Salvini & Co. hat eine Regolithisierung ausgelöst. Weil sich Geschichte nie linear bewegt. Weil es immer gleichzeitig vorwärts- und rückwärtsgeht. Oder umgekehrt.

2019 ist ein Wendejahr, zumindest in der Schweiz. Ein freudiges, denn endlich ist auch die harte rechte Mehrheit im Bundesparlament weg. Diese Phalanx aus FDP und SVP, die im Nationalrat vier Jahre zu lange die absolute Mehrheit hatte. Und ab dem ersten Tag sozialen und gesellschaftspolitischen Fortschritt verhindert hat. Seit den Wahlen ist Bundesbern jünger, weiblicher, grüner und linker geworden. Auch arbeitnehmendenfreundlicher. Das ist dringend notwendig, denn die Zeit drängt. Beim Klima ebenso wie bei der Altersvorsorge. Die

Die neue Sonne ist rot-grün-pink. Das Sünneli war gestern.

Gletscher schmelzen fast gleich schnell wie unsere BVG-Renten. Deshalb braucht es den ökosozialen Umbau. Eine Umlagerung auf erneuerbare Energien und eine Umlagerung hin zur effizienten und sozialen AHV. Zudem: mehr Lohngleichheit und weniger toxische Männlichkeit.

NUR UMBAU OHNE SOZIAL GEHT NICHT. Weder beim Klima noch bei der Altersvorsorge. Das haben uns in diesem Jahr die Gilets jaunes in Frankreich und der britische Brexit gelehrt.

Die Gelbwesten: Was mit einem Blog gegen die Dieselsteuer begann, wurde in wenigen Wochen zur Forderung nach mehr Kaufkraft, dann zur Kritik an der Ungleichheit in der Gesellschaft. Eine soziale Revolte gegen Sozialabbauerpräsident Emmanuel Macron, der gleichzeitig die Reichen und Konzerne grosszügig beschenkt. Diese Rechnung geht nicht auf. Auch nicht ennet des Kanals. 2019 versank Grossbritannien im Brexit-Chaos. Wirtschaftlich und politisch. Selbst die britische Regierung weiss es: Der Ausstieg aus der EU schadet der Wirtschaft. Brexit ist Exit. Mehr noch: Er stresst und verunsichert, er stört den Schlaf, und er entzweit ganze Familien. So beschreiben es neuerdings britische Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Brexit ist zwar keine Diagnose, aber der Ursprung für psychisches Leiden. Und existentielles: Kopfüber und ohne Lohnschutz stürzte sich das Königreich ins Abenteuer Personenfreizügigkeit. Ein Kapitalfehler, wie sich immer deutlicher zeigt, denn der fehlende Schutz vor Sozialdumping war der Anfang vom Brexit.

DA IST DIE SCHWEIZ BESSER DRAN. Dank den Gewerkschaften. Sie haben den Schweizer Lohnschutz 2019 erfolgreich verteidigt. Und den SVP-hörigen Aussenminister Ignazio Cassis gestoppt. In den Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU bot der Tessiner den Schweizer Lohnschutz zum Abschied an. Und befeuerte damit den Schwexit, den die SVP mit ihrer Kündigungsinitiative will. Wie brandgefährlich das ist, haben inzwischen selbst viele Bürgerliche begriffen und möchten Kamikaze-Cassis am liebsten aus dem Aussendepartement entfernen. Den Reset-Knopf, den dieser in der Europapolitik einst drücken wollte, haben 2019 nun andere gedrückt. Die neue Sonne ist rot-grün-pink. Das Sünneli war gestern. Nicht nur in der Europapolitik. MARIE-JOSÉE KUHN



25. AUGUST 2019 PUTZFRAUEN STREIKEN «Wir waren viel zu lange still!» sagen Spaniens Hotelzimmerfrauen. Und protestieren mit einem landesweit ersten Streik dagegen, dass sie sich «wortwörtlich kaputtarbeiten müssen». Und das zu Dumpinglöhnen. Und unter immer grösserem Zeitdruck.



29. NOVEMBER 2019 COSTA FEIERT Zwei Jahre lang hat Bauarbeiter Adão Costa gemeinsam mit der Unia um seine Niederlassungsbewilligung gekämpft, die ihm zusteht. Doch das Migrationsamt in Sitten stellte sich quer. Doch nun kann der Bauarbeiter aus Portugal endlich feiern, denn der C-Ausweis ist ihm jetzt sicher.



26. JUNI 2019 RAPINOE TRIUMPHIERT US-Fussball-Superstar Megan Rapinoe (34) ist mit ihrem lila bis pinkigen Haarschopf eine auffällige Kämpferin, nicht nur am Ball. Sie wehrt sich gegen Lohndiskriminierung im Frauenfussball, gegen Homophobie und Rassismus. Und sie gibt US-Präsident Donald Trump Saures: Sie werde zur Weltmeister-Feier nicht ins «fucking» Weisses Haus gehen, verkündete sie.



12. APRIL 2019 BREXIT SCHADET Grossbritannien versinkt im Brexit-Chaos. Politisch und wirtschaftlich. Die britischen Realeinkommen sinken nunmehr seit 17 Jahren. Mit ein Grund: Die britische Regierung führte einst marktgläubig und ohne Lohnschutz die Personenfreizügigkeit ein. Das war ein Kapitalfehler. Als nämlich viele Lohnabhängige den damit verbundenen Lohndruck im eigenen Portemonnaie zu spüren bekamen, stimmten sie Ja zum Brexit.



16. AUGUST 2019 FLEISCH STIRBT Fleisch ohne totes Tier und mit einem Bruchteil der Umweltbelastung ist möglich. «Rosa Zukunft», die work-Zukunftskolumne, zeigt auf, wie gerade die Schweiz davon profitieren könnte.



23. JANUAR 2019 GRETA FÄHRT EIN Mit ihrem Auftritt am VEF betritt die junge Schwedische Klimaaktivistin die grosse internationale Bühne. Und wie! Ihr Auftritt macht die weltweite Klimastreikbewegung zum brennenden Altbraum der Umweltversauer. An immer mehr Schulen streiken die Schüler und Schülerinnen. Überall explodieren die Teilnehmendenzahlen an den Klimademos. Erwachsene schliessen sich an. Auch in der Schweiz. Die grossen Zeitungen verspotten die Jungen, die rechten Klimawandelleugner toben. Doch die Bewegung wächst. Greta Thunberg ist ihr Symbol und wird zum rechten Hassobjekt. Die Klimabewegung ist gekommen, um zu bleiben. Weil wir sonst alle gehen müssten.



29. MÄRZ 2019 KESSLER GEHT Baggerfahrer Roland Kessler sagt «Adieu, zäme!» Er ist der 20 000. Baubüezer, der mit 60 in die wohlverdiente Frühpensionierung gehen kann.



14. JUNI 2019 FRAUENSTREIK STEIGT Historisch: mehr als eine halbe Million Frauen gehen 28 Jahre nach dem 1. Frauenstreik auf die Strasse. Und verlangen mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt! Die Stimmung ist heiter, die Power gross, es fliessen sogar Freudentränen. Und auch aus dem Bundeshaus strömt Verstärkung an die Demo auf dem Bundesplatz: CVP-Bundesrätin Viola Amherd winkt den Frauenstreikenden ebenso begeistert zu wie SP-Nationalratspräsidentin Marina Carobbio. Pinkig und kämpferisch-ausgelassen ist dieser denkwürdige Tag auch bei der Unia im Wallis (Foto oben).



20. OKTOBER 2019 GRÜN UND FRAU GEWINNT Der neue Nationalrat ist jünger, weiblicher – und grüner. Die Grünen gewinnen 17 Sitze dazu, das gab's noch nie! Und: 84 von 200 Sitzen sind in der kommenden Legislatur in Frauenhand, so viel wie noch nie! 54 Prozent aller Neugewählten sind Frauen. Auch das gab's noch nie!

Das war 2019

Ein Blick zurück, einer nach vorne



17. MAI 2019 ALLEVA VERWARNT «Finger weg vom Schweizer Lohnschutz!» fordert Unia-Chefin Vania Alleva und zeigt der Wirtschaftslobby und Bundesrat Ignazio Cassis die rote Karte. Im Alleingang gab dieser bei den Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU die Schweizer flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping zum Abschluss frei. Nicht mit uns, sagten die Gewerkschaften. Und erhielten Sukkurs von 130 Persönlichkeiten aus ganz Europa. Inzwischen will das vorliegende arbeitnehmendenfeindliche Abkommen nur noch die ebensolche GLP.



13. SEPTEMBER 2019 POSTAUSTRÄGER FREUEN SICH Illegale Lohndrückerei und Schikanen, das war Alltag bei der Firma Epsilon in Genf. War! Dank dem Mut von Postausträger Andrés Arciniegas und José Serantes, die sich bis in die Teppichetage hinauf beschwerten, ist jetzt alles besser bei der Post-Tochter. Sie muss 600 000 Franken Löhne nachzahlen.



22. SEPTEMBER 2019 LUCIDI WAGT ES IWC-Arbeiterin Daria Lucidi und 17 Kolleginnen und Kollegen verlangen vom Luxusuhrenhersteller 350 Franken mehr Lohn. Denn dieser zahlt viel schlechter als andere Industriebetriebe.



17. MAI 2019 GÖGER FÄLLT Unia-Frau Christa Suter hat den grössten Lohndumpingskandal ins Rollen gebracht: Gipsmeister Kurt Göger hat seine Arbeiter systematisch geprellt. Jetzt kommt endlich der Haftbefehl.



18. JANUAR 2019 ROSA REDET Zum hundertsten Todestag von Rosa Luxemburg gelang es work, ein Interview mit der grossen Revolutionärin zu führen. Exklusiv! Das war möglich, weil wir ihre Schriften studierten und das Interview gleich selber schrieben. Auf die Frage, wie sie den Kapitalismus zu bändigen gedenke, antwortete die Sozialistin: «Die Revolution ist grossartig, alles andere ist Quark!»



04 KLIMANEUTRALER FLUGVERKEHR: DAS IST BIS 2030 MACHBAR.

Wenn die Schweiz die graue Energie berücksichtigt – also Jene Energie, die wir extra in Form neuer Autos importieren – und den Luftverkehr einrechnet, sieht unsere Bilanz wesentlich schlechter aus. Pro Kopf sind wir dann nicht für 5, sondern für 12 Tonnen CO₂-Ausstoss verantwortlich.

27. SEPTEMBER 2019 KLIMA-UMBAUPLAN STEHT Eine CO₂-freie Schweiz ist möglich. Und zwar bereits ab 2030. Und erst noch sozialverträglich. work präsentiert den ökosozialen Umbauplan in 19 Tafeln.



23. JANUAR 2019: BUNDESRÄTE SCHARWENZELN Das Weltwirtschaftsforum in Davos hat Jair Bolsonaro eingeladen. Der ist mit fragwürdigen Methoden Präsident von Brasilien geworden. Er ist ultrarechts und ultrareligiös. Seine Ansichten sind rassistisch, sexistisch und offen faschistisch. Bereits am ersten Tag seiner Präsidentschaft liess er die Büros von linken Abgeordneten stürmen. Das hindert die drei hartrechten Bundesräte Ueli Maurer (SVP), Guy Parmelin (SVP) und Ignazio Cassis (FDP) nicht daran, Bolsonaro untertänigt zu hofieren.



9. DEZEMBER 2019: TOCHTER HOCKT Magdalena Martullo-Blocher, politisch und äusserlich ganz de Bappe, sitzt ab jetzt auf jenem Nationalratsessel, den Vater Christoph bis zu seiner Wahl in den Bundesrat besetzte.



19. APRIL 2019 ZIEGLER FEIERT Seit 15 Jahren ist work-Kolumnist Jean Ziegler jetzt schon «unser Fensteröffner zur Welt». Jetzt wird der Wahlgenger, der aus Thun kam, 85. Und mag immer noch kämpfen. Er sagt: «Gopferdeckel, ich finde es gut, den Gottesdienst zu stören!» work gratuliert Ziegler mit einer Hommage von Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn.

FOTOS: FRED MEYZ, CRISTINA PEDRIZZINI, MICHAEL SCHÖN, MATTHIAS LUGGER, GETTY (2), KEVSTONE (2), PIERRE-ANTOINE GIRON, ROLF LEWIS, PETER MOSMANN, SEVERIN KUNOWSKI, FRANZISKA SCHNEIDER, ANNETTE BOUTELLIER, ZIG (2)

Neue EU-Kommission Ein Europa, das schützt

Die neue EU-Kommission hat am 1. Dezember ihre Arbeit aufgenommen. Wird sie sich weiter durch die Probleme wursteln wie die abgetretene Kommission? Oder sind die Probleme so dringlich und offensichtlich geworden, dass die EU zum Handeln gezwungen ist? Beim Klima könnte dies der Fall sein. Eben hat das Europäische Parlament



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

nämlich den «Klimanotstand» ausgerufen. Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ist die Klimaerwärmung das Problem Nummer 1 für die Menschen in der EU.

GRÜNER DEAL. Nummer 1 ist es auch für die neue EU-Präsidentin Ursula von der Leyen. Europa müsse beim Klimaschutz vorangehen, fordert sie. Bis 2030 müssten über 55 Prozent des CO₂-Ausstosses abgebaut sein. Wie dies angepackt werden soll, wird in Kürze der EU-Aktionsplan für einen grünen Deal («Green Deal») zeigen. Wer weiss, vielleicht wird der ökologische Umbau ein neuer Existenzgrund für die EU. Sie könnte einen solchen bestens brauchen, ist doch heute für viele Menschen in Europa unklar, wozu die EU gut ist.

Der ökologische Umbau: für die EU ein neuer Existenzgrund?

Existentiell für die EU ist auch, ob sie zur Lösung der sozialen Fragen beitragen kann. Arbeit ist laut der Bertelsmann-Umfrage das Problem Nummer 2 in Europa. Die Erwartung an den neuen EU-Kommissar für Arbeit und soziale Rechte, Nicolas Schmit, ist deshalb gross. Der Sozialdemokrat ist den europäischen Gewerkschaften bestens bekannt, zuletzt als gewerkschaftsnaher Arbeitsminister in Luxemburg. Schmit will bei Jaques Delors anknüpfen, dem früheren EU-Kommissionspräsidenten, der vor drei Jahrzehnten ein soziales Europa ansties, das danach jedoch steckenblieb.

Sozialer Deal. Schmit rief in seiner Antrittsrede Delors in Erinnerung, der gesagt hat: «Wenn die Entwicklung der EU die soziale Dimension schwächt, hat sie keinerlei Chance die Unterstützung der Bürger zu finden.» Schmits Aktionsplan zur Stärkung der sozialen Rechte hat es in sich: Anständige statt immer prekärere Arbeitsbedingungen («decent work»). Für alle in der EU einen Mindestlohn, von dem sich leben lässt. Start der europäischen Arbeitsbehörde, die gegen transnationales Lohndumping vorgeht. Eine europäische Verstärkung der nationalen Arbeitslosenversicherungen, Schmit: «Ein Europa, das schützt.»

SOZIALER DEAL. Schmit rief in seiner Antrittsrede Delors in Erinnerung, der gesagt hat: «Wenn die Entwicklung der EU die soziale Dimension schwächt, hat sie keinerlei Chance die Unterstützung der Bürger zu finden.» Schmits Aktionsplan zur Stärkung der sozialen Rechte hat es in sich: Anständige statt immer prekärere Arbeitsbedingungen («decent work»). Für alle in der EU einen Mindestlohn, von dem sich leben lässt. Start der europäischen Arbeitsbehörde, die gegen transnationales Lohndumping vorgeht. Eine europäische Verstärkung der nationalen Arbeitslosenversicherungen, Schmit: «Ein Europa, das schützt.»

UNIA online



«O du fröhliche, o du stressige ...»

Weihnachten ist für viele Arbeitnehmende die stressigste Zeit im Jahr. Haben Sie Fragen zu Ihren Rechten auf Pausen, zur Arbeitszeit oder Überstunden? Hier finden Sie Infos. Wir beraten Sie kostenlos: www.service-arbeitszeit.ch

Audi-Werke: Grundsatzvereinbarung zur Umrüstung auf E-Mobility «Erfolg in schwierigen Zeiten»

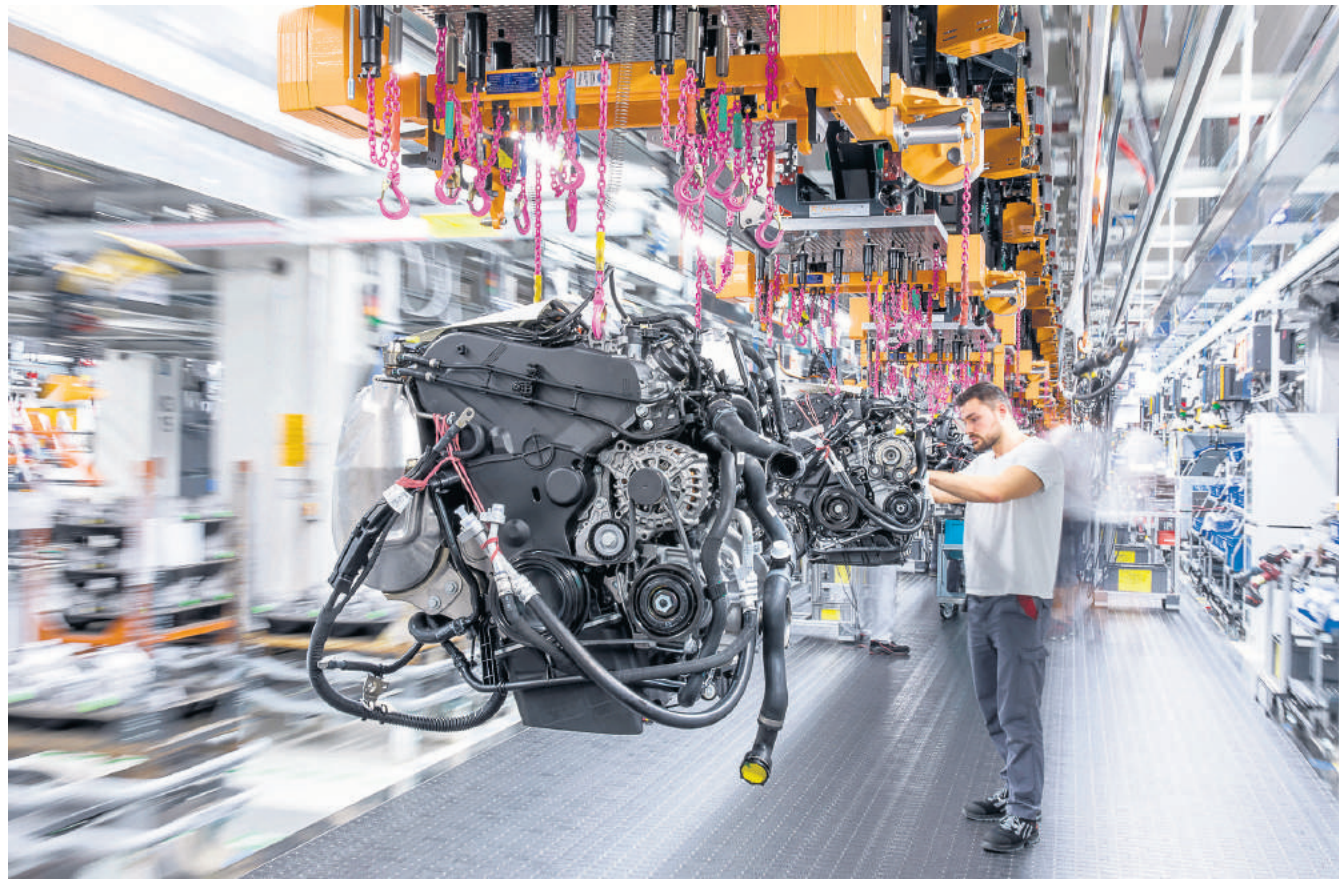


FOTO: AUDI

SAUBER & SOZIAL: Audi sattelt um auf E-Mobilität. Dank der Gewerkschaft nicht auf dem Buckel der Mitarbeitenden.

Die deutsche Metallergewerkschaft IG Metall unterstützt die Umrüstung auf E-Autos bei der VW-Tochter Audi. Verlangt aber ihre soziale Verträglichkeit. Und hat jetzt eine Beschäftigungsgarantie für die Belegschaft bis 2029 rausgeholt.

MICHAEL STÖTZEL

Bei Audi, der Premiummarke des VW-Konzerns, lief es lange gut. Den Dieselskandal von 2015 glaubten die Chefs aussitzen zu können, zeitweise auch im Gefängnis. Doch der Imageschaden drückte auf den Umsatz. So liefen in den beiden Werken Ingolstadt und Neckarsulm, die mit je 300 000 Einheiten ausgelastet wären, in den letzten Jahren nur noch um die 200 000 Wagen vom Band.

Deshalb will die VW-Tochter Audi ganze 9500 von bisher 61 000 Arbeitsplätzen abbauen. Jeden sechsten Arbeitsplatz. Das Sparprogramm soll gleichzeitig aber auch zur Umrüstung der Nobelmarke auf Elektroantrieb führen. Bereits Mitte März kündigte das Unternehmen massive Einsparungen beim Personal, aber auch Milliardeninvestitionen zur Entwicklung von Elektroautos an. Nach langen Verhandlungen mit dem Betriebsrat einigten sich beide Seiten jetzt auf eine Grundsatzvereinbarung zum Umbau des Unternehmens. Im-

merhin erreichten darin die Metallgewerkschafter um Gesamtbetriebsratschef Peter Mosch, dass der Personalabbau ausschliesslich über Fluktuationen und ein (noch auszuarbeitendes) Vorruhestandsprogramm abgewickelt wird. 2000 Spezialistinnen und Spezialisten für die E-Mobilität sollen neu angestellt werden. Und die verbleibende Stammbeschaft erhält eine Arbeitsplatzgarantie bis 2029. Schliesslich will Audi auf ihrem Rücken «nur» noch 6 Milliarden Euro statt der ursprünglich geplanten 15 Milliarden Euro einsparen.

UMBAU JA, ABER SOZIAL

Bis 2024 will Audi zusätzlich 37 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investieren, davon 12 Milliarden in die E-Mobilität. Ab 2025 möchte das Unternehmen dann bereits 30 Hybrid- und Elektromodelle aus seinen in- und ausländischen Werken anbieten. In Ingolstadt und Neckarsulm sollen die Bänder auch wieder schneller laufen. Künftig sollen dort von weniger Beschäftigten insgesamt 675 000 Autos jährlich produziert werden. IG-Metall-Mann Peter Mosch spricht von einem «grossen Erfolg in schwierigen Zeiten». Die Garantie der

der schneller laufen. Künftig sollen dort von weniger Beschäftigten insgesamt 675 000 Autos jährlich produziert werden. IG-Metall-Mann Peter Mosch spricht von einem «grossen Erfolg in schwierigen Zeiten». Die Garantie der

Arbeitsplätze sei «ein Meilenstein». Gelingt der Audi-Umbau, dann erreichen die Metaller zwei Ziele: Klimaschutz und gute Arbeit. Darum ihr Motto: «Neue Autos braucht das Land». Das verlangt Investitionen, aber auch die nötige Zeit für die bisher Beschäftigten, die sich weiterbilden müssen, um die neuen Technologien zu beherrschen. Diese Zeit haben sie jetzt bis 2029.

ZULIEFERFIRMEN ZITTERN

Insbesondere ist die Zeit für Weiterbildung auch wichtig für die Zulieferfirmen, die 70 Prozent der Wertschöpfung in der Branche erwirtschaften. Das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut IFO erklärte jüngst, dass jeder zehnte Industriearbeitsplatz vom Verbrennungsmotor abhängig sei. Das wären gut 500 000 Stellen. Noch nicht mitgerechnet sind dabei die Zulieferfirmen aus dem Ausland, zum Beispiel aus der Schweiz.

Diese Unternehmen müssen nicht nur neue Produkte finden, sondern auch neue Produktionsverfahren einführen. Viele von ihnen, zum Beispiel die Giessereien, die neue Schmelzöfen anschaffen müssten, werden das finanziell gar nicht stemmen können. Ganz abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt genügend «grünen Strom» aus den Leitungen zapfen können.

Die Forderungen der Metaller: E-Zapfsäulen und «Transformations-Kurzarbeitsgeld»

Die Autobauer bauen ihre Werke so um, dass 2030 die Hälfte der produzierten Wagen E-Autos sind. Davon geht der Präsident der Industriegewerkschaft Metall (IGM), Jörg Hofmann, aus. Und rechnet mit dem Verlust von insgesamt 150 000 Arbeitsplätzen, und das sei «überaus konservativ gerechnet», sagte er in einem Interview mit der Berliner Tages-

Fall: CO₂-neutrale Technologie ist zur Rettung des Klimas zwingend, aber wirtschaftlich und politisch eine Herausforderung. Metallerchef Jörg Hofmann: «Wir als Gewerkschaften befürworten die Klimaziele, aber die Politik muss endlich anfangen, die Ziele auch umzusetzen.»

KONKRETER PLAN. Die Metaller fordern staatliche Milliardeninvestitionen auf drei Ebenen.

- Eine **Qualifizierungsoffensive**, damit die bisherigen Beschäftigten weiter Arbeit haben.
- Die Einführung des sogenannten **Transformations-Kurzarbeitsgelds**, das gerade auch den kleinen Zulieferfirmen helfen soll, den ökologischen Wandel zu überleben. Brechen die Aufträge weg und müssen die Beschäftigten Kurzarbeit machen, so übernimmt der Staat wie bisher einen Teil ihres Lohns. Die Neuerung: Zu-

gleich werden die Firmen dazu verpflichtet, in der Zeit, in der sie zu wenig Aufträge haben, für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten zu sorgen. Diese Forderung befürwortet mittlerweile auch das Wirtschafts-magazin des Kapitals, das «Deutsche Handelsblatt». Und der deutsche Finanzminister Olaf Scholz erklärte in der jüngsten IGM-Zeitung, ein neues «Arbeit für morgen»-Gesetz werde ein solches Transformations-Kurzarbeitsgeld ermöglichen.

- Der Aufbau einer **flächen-deckenden Ladeinfrastruktur**, so wie der Staat in den 1950er Jahren für ein flächendeckendes Tankstellennetz gesorgt hat.
- Ein massiver **Ausbau der regionalen Energienetze**, um die grünen Ladestationen überhaupt betreiben zu können. Gegenwärtig könnten die Verteilernetze höchstens 10 Prozent aller Autos versorgen. (ms)

Nächste Haltestelle: Ingolstadt Audi

Endlich hat das Audi-Werk im bayrischen Ingolstadt eine eigene Zughaltestelle erhalten: «Ingolstadt Audi». Eine solche forderte auch die IG Metall seit langem. Ab Mitte Dezember werden die Mitarbeitenden nun ein Zeichen für die Umwelt setzen und mit der Bahn statt mit dem Audi A4 zur Arbeit fahren können.



AUDI-WERK: Mit dem Zug zur Arbeit.

FOTO: AUDI

Generalstreik in Frankreich Millionen Menschen gegen Macron



«MACRON MUSS WEG!»: In ganz Frankreich gingen 1,5 Millionen Menschen auf die Strasse, hier in Nantes. FOTO: GETTY

Opposition, Klimajugend, Gewerkschaften und Gelbwesten fordern die Regierung zum grossen Kräfternennen. Dabei geht es um viel mehr als um die Rentenreform.

OLIVER FAHRNI

Scheiben splintern, ein Kehrlichtcontainer brennt. Zündelt da der schwarze Block, oder sind es die Provokateure des Innenministeriums? Sofort beginnen die Polizisten die riesige Menschenmenge, die bunt und laut vom Pariser Boulevard Magenta Richtung Place de la République strömt, mit Reizgas und Sprenggranaten einzudecken. Es sind weit mehr als 100 000, die allein in Paris gegen die Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron demonstrieren.

Der Demo-Ordnungsdienst der Gewerkschaften CGT, FO und Sud hat in Sachen Taktik dazugelernt. Eine fliegende Flasche genügt, und die Polizisten treten eine Gewaltorgie los. Mit Kriegsgeschütz, das anderswo geächtet ist. In den 18 Monaten seit Macrons Machtübernahme haben sie mehr Munition gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt als in den 70 Jahren zuvor, Mai 1968 eingeschlossen. Zuerst, um ein brutales Arbeitsgesetz zu erzwingen. Dann gegen die Eisenbahner und gegen die SchülerInnen. Woche um Woche gegen die Gelbwesten. Oder gegen den 1. Mai.

Bilanz: 2 Tote, mehr als 1000 schwer verletzte Demonstrierende. Also platziert der Demo-Ordnungsdienst diesmal rasch streikende Feuerwehrleute an die Spitze, und die ziehen die Demo aus der Kampfzone.

FURCHT VOR DER POLIZEI

830 000 Demonstrantinnen und Demonstranten hat das Innenministerium an diesem 5. Dezember im ganzen Land gezählt. Misst man das an der üblichen Zählenschummelei, dürften es also etwa 1,5 Millionen Menschen gewesen sein, vielleicht sogar mehr, in 250 Orten bis in die hintersten Ecken des Landes.

Es war der erste Generalstreiktag im grossen Kräfternennen um die Renten (siehe

Rentenreform: Desaster ist programmiert

Präsident Macron will das Rentensystem kippen. Bisher funktionierte es ähnlich wie unsere AHV, nach dem Umlageprinzip. Jetzt soll es durch ein Punktesystem ersetzt werden: Für jeden einbezahlten Euro gibt es einen Punkt. Die Punkte werden später in eine Rente umgewandelt – nach einem jährlich neu bestimmten Satz.

PROFITGIER. Das ist der erste Schritt zur Individualisierung, Privatisierung und Kapitalisierung der Altersvorsorge. Ein programmiertes Desaster, wie die zweite Säule zeigt. Aber Quelle netter Profite für die Versicherer. Die Reform sei eine Frage der Gerechtigkeit, sagt Macron, weil 42 Berufsgruppen über Sonderregimes verfügten, wegen kürzerer Lebenserwartung. In Wahrheit wurden diese Regime längst abgeschliffen – durch Rentenreformen, die sich im Durchschnitt alle 24 Monate jagen. (olf)

Kasten) und um einige Dinge mehr. Der öffentliche Verkehr lag still, viele Schulen und Unis blieben geschlossen, der Flugverkehr stockte, Benzindepots waren blockiert, Verwaltungen, Gerichte, Spitäler funktionierten stark verlangsamt. Und so ging das bis work-Redaktionsschluss am 11. Dezember weiter.

Es hätten sich sogar noch mehr Menschen zum Protest versammeln können. 70 Prozent lehnen die antisoziale Politik Macrons ab, und sie hassen seine neoliberale Arroganz. «Macron muss weg», ist derzeit der meistgehörte Satz, 18 Monate nachdem er mit weniger als einem Viertel der Stimmen gewählt worden ist. Doch inzwischen fürchten sehr viele die Gewalt des Staates, wie Debatten auf den sozialen Medien zeigen. Sarah, eine Ärztin, erklärt: «In Chile sagen sie: «Sie haben uns alles genommen, sogar die Angst.» Bei uns ist es noch nicht so weit.» Sie denkt nach. «Noch nicht ganz.»

DIE RENTEN-LÜGE

Vergleiche mit Chile, mehr noch mit Algerien und mit den vielen anderen laufenden Rebellionen, sind das Dauergespräch. So fühlt sich derzeit die Stimmung in Frankreich auch an. «Es ist wie vor einem Wirbelsturm, es liegt Elektrizität in der Luft», sagt ein Anwalt. Die Menschen sind aufgebracht, viele zornig: Über den sozialen Abbau. Die erneut stark wachsenden Unterschiede und die zusätzliche Armut. Über die Lügen der Minister. Lokführer könnten mit 52 in Pension und bezögen 3700 Euro Rente, brachte die Regierung in Umlauf. Im Gesetz steht jedoch: nach 43 Beitragsjahren. Der Lokführer müsste also im zarten Alter von 9 Jahren begonnen haben. Und Macron will das noch verschärfen. work hat den Böhler Thierry Babec gefragt. Er geht demnächst in Pension. Mit 58 – und 1600 Euro (1760 Franken), nach Hunderten von Nacht- und Wochenenddiensten. Wäre er 10 Jahre jünger, bekäme er bei der Pensionierung noch sehr viel weniger.

«REVOLTE TOTAL»

Zwischen Mächtigen und Regierten ist zu viel zusammengekommen: zu viel Verachtung, zu viel Sozialabbau und neue Unsicherheit, zu viele gebrochene Versprechen. Jetzt treten auch brave Gewerkschafter mit dem Transparent auf: «Marx – oder verrecke.» An den Demos geht es um Renten. Aber auch ums Klima. Um Gewalt gegen Frauen. Um Lohnsenkungen und Privatisierung der Pariser Flughäfen. Und und und... Über dem Bahnhof Saint-Charles in Marseille steht jetzt schlicht: «Widerstand!» Edwy Plenel, der Gründer der exzellenten Onlinezeitschrift «Mediapart», sagt: «Alles kommt jetzt hoch, es ist Revolte total.»

Vor Wochen, auf dem Höhepunkt der Bewegung der Gelbwesten, hatte Präsident Macron einen Flucht-Helikopter bereitstellen lassen. Heute ist die Stimmung noch angespannter. In seiner Not versuchte Regierungschef Edouard Philippe am Mittwoch, 11. Dezember, die Bewegung zu spalten: er versprach Militär, Polizei und Lehrpersonal eine Sonderbehandlung. Gleichzeitig machte er klar: «Das ziehen wir jetzt durch.» – «Wir auch», riefen die Gewerkschaften zurück.

Der Präsident der Reichen hat das Volk verstanden. Ein bisschen.

Emmanuel Macron verspricht zu wenig, zu spät

Was man als Staatsschauspieler so alles auf sich nehmen muss: Emmanuel Macron, vor 18 Monaten von 25 Prozent der Stimmberechtigten gegen die Neofaschistin Marine Le Pen zum französischen Präsidenten gewählt, musste vors Volk treten. Am TV. Ein bisschen Abbitte sollte er leisten, um den Aufstand der Gelbwesten einzudämmen. Jenen Aufstand, den er zuvor geschürt hatte – mit einer aggressiv antisozialen Politik und mit Verachtung für Tiefentlohnerte, Alte, Arbeitslose. Wenn ihr einen Job sucht, müsst ihr nur über die Strasse gehen, hatte er ihnen geraten.

Es sassen mehr Menschen vor den Fernsehgeräten als beim Fussball-WM-

Final. Doch Macron konnte nicht verbergen, wie tief zuwider ihm dieser Auftritt war. Bleich und verkrampt las er, in einer zusammengeschnittenen Aufzeichnung, einen Text vom Teleprompter.

Plötzlich schien der Präsident die Nöte einer alleinerziehenden Pflegerin zu kennen.

ter ab. Frühere Präsidenten hätten einfach den Premier ausgewechselt. Das ging diesmal nicht. Denn die Rage von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung

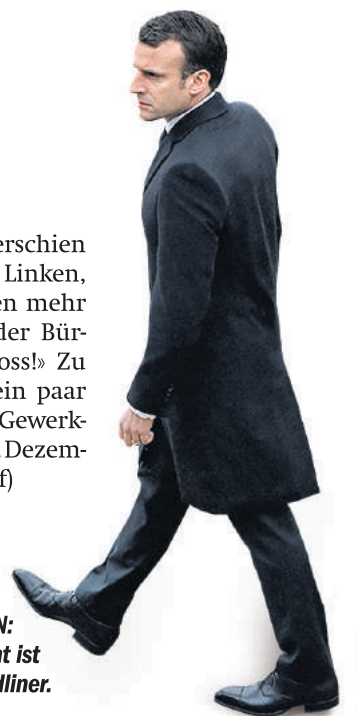
richtete sich ausschliesslich gegen den «Präsidenten der Reichen». Sein Text war gut geschrieben. Also hinterhältig. Plötzlich schien Macron die Nöte zum Beispiel einer alleinerziehenden Pflegerin zu entdecken. Er versprach, den Mindestlohn sofort um 100 Euro zu erhöhen und ein paar weitere Brosamen.

ALMOSEN. Doch zwischen den Zeilen sagte er: Ich werde keinen Millimeter von meinem neoliberalen Programm abweichen, die Reichensteuer bleibt abgeschafft, und jetzt nehme ich mir die Renten und die Arbeitslosenversicherung vor. Hofjournalisten lobten prompt «die soziale Wende». Doch nur

zwei Minuten nach Macron erschien Jean-Luc Mélenchon, Chef der Linken, im Medienraum: «Wir brauchen mehr als Almosen. Die Revolution der Bürgerinnen und Bürger wird gross!» Zu wenig und zu spät, meinten ein paar befragte Gelbwesten. Und die Gewerkschaft CGT kündete für den 13. Dezember einen Landesstreik an. (olf)

EMMANUEL MACRON:
Frankreichs Präsident ist ein neoliberaler Hardliner.

FOTO: KEYSTONE





Weihnachten, das Fest der Liebe

Das Fest der Liebe zum Familienidyll,
das sich nach ein paar Gläsern Wein oft als nicht
so idyllisch entpuppt.

•

Das Fest der Liebe zum Anlügen von Kindern,
die eh schon wissen, dass es das Christkind nicht gibt.

•

Das Fest der Liebe zu Geschenken,
die von unterbezahlten Angestellten in chinesischen Fabriken
hergestellt wurden.

•

Das Fest der Liebe zum massloss gedeckten Tisch –
während pro Jahr weltweit 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel
weggeworfen werden.

•

Weihnachten, das Fest der Liebe zu einer Geschichte,
die in 2000 Jahren noch nie, nie, nie bewiesen werden konnte.



Leisten Sie sich eine eigene Meinung.
Jetzt Probeabo mit 8 Ausgaben für
25 Franken bestellen auf woz.ch/abo.



Geschenke: Die Tipps der work-Redaktion

Frohe Weihnachten!

Gute-Laune-Socken

Ich mag keine Socken. Deshalb kaufte ich lange Zeit nur schwarze, da findet frau immer zwei gleiche. Doch lustig war dieses Anziehen nie. Das hat sich jetzt geändert: mit den Gute-Laune-Socken von Bonne Maison. Ein Morgenmuffel-Blick genügt – und schon erhellt sich das Gemüt. Ein Blick auf die Artischocken-Socken; auf die Mohnblumen-, Margritti- oder die Saublumen-Socken; auf die lila-weiss oder rot-weiss oder grün-pinkig gepunkteten mit senfgelber oder hellgrüner oder lila Fusspitze oder die gestreiften, kleinkarierten oder Blondinen-Socken auf giftgrünem Grund. Und das Beste daran: Sie werden fair und sozialverträglich in Frankreich produziert. OK, sie sind nicht ganz billig (20–25 Franken das Paar), aber ihr Geld jeden müden Morgen wert. Zu kaufen bei Change Maker, Globus usw.

MARIE-JOSÉE KUHN

Socken von Bonne Maison,
Fr. 20.– bis 25.–
www.bonnemaison.fr



Hühner und Gemüse für zwei Familien

Das Volk der Rohingya gilt laut der Uno als «die am stärksten verfolgte Minderheit der Welt». Hunderttausende wurden 2017 aus Myanmar vertrieben. Heute leben über 900 000 von ihnen in Flüchtlingslagern in Bangladesh. Dort ist das Essen knapp. Wer zu Weihnachten etwas Gutes tun will, unterstützt das Hilfswerk Solidar: Mit 50 Franken zeigen die Helferinnen und Helfer zwei geflüchteten Familien, wie sie ihre Lage verbessern können. Mit einem Gemüsegarten in Hanglage oder mit einer Hühnerzucht, wo es flach ist. Bereits haben über 400 Familien von dem Projekt profitiert. Viele von ihnen erwirtschaften sogar einen Überschuss. Den können sie eintauschen, zum Beispiel gegen Medikamente.

CHRISTIAN EGG

www.solidar.ch/geschenk, Fr. 50.–



Solidarische gegen Kater «Saltini»

Mit ihrem Segelschiff «Wackelzahn» rettet Käpt'in Rakete eine Raupe, eine Spinne, ihren Teddy und Hund Bernhard aus dem strömenden Regen. Doch der schlecht gelaunte Kater «Saltini» will die Freunde nicht ins Haus lassen. Er will die Crêpes nicht teilen. Aber die Käpt'in gibt nicht auf, bringt sich und ihre Freundinnen und Freunde allen Drohungen mit Hausarrest zum Trotz in Sicherheit. Eine Geschichte von Solidarität und Mut. Und klar: Sie ist angelehnt an Kapitänin Carola Rackete, die im vergangenen Juni gegen den Willen des damaligen rechtsextremen italienischen Innenministers 53 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete auf Lampedusa an Land brachte. Geschrieben haben das Buch die Leute von «Hooligans gegen Satzbau» (#HoGeSatzbau). Dieses Kollektiv schreibt seit Jahren unter anderem auf Facebook gegen rechte Hetze an. Gut zu wissen: manche Ausdrücke sind sehr deutsch. Darum ist in helvetischen Kinderzimmern eher nacherzählen angesagt, nicht vorlesen. Das tut der gelungenen Sache aber keinen Abbruch.

CLEMENS STUDER

Hooligans gegen Satzbau: **Käpt'in Rakete**, Verlag Antje Kunstmann, 32 Seiten, ca. Fr. 14.90, ab 3 Jahren



Vertrackte Knobeleien



«O nein! So was kann ich nicht!» rufen viele, wenn sie die Cast-Puzzles der japanischen Spielzeugfirma Hanayama zum ersten Mal sehen. Ein paar Minuten später sieht man sie das Objekt ihrer Wahl dann doch ganz still und vertieft nach allen Seiten drehen und wenden. Die mit modernster 3-D-Computertechnologie hergestellten Metall-Puzzle-Objekte wirken, als ob sie von einem weit entfernten Planeten kämen – oder aus einem Science-Fiction-Film. Um sie zu lösen, hilft vor allem eine gut entwickelte Intuition.

Bei jedem Objekt gibt es zwei Herausforderungen: denn hat man es erst einmal auseinandergenommen, will man es auch wieder zusammensetzen. Die Schwierigkeitsgrade reichen von 1 bis 6; der Verpackung liegt keine Lösungsanleitung bei. Die Cast-Puzzles sind eine wohltuende und entspannende analoge Beschäftigung im digitalen Zeitalter – für Kinder und Erwachsene.

NINA SEILER

Puzzle von Hanayama, Fr. 16.–
www.jugglux.ch

Badewannenablage

Wohin bloss mit all den Delikatessen, Büchern und Kosmetika? Bei unzähligen Beschenkten sorgt diese Wohlstandsfrage für Kopfzerbrechen. Jetzt endlich weist ein neues Produkt den Weg – weg vom Logistikproblem, hinein ins All-inclusive-Schaumbad! Das neue Must-Have heisst: Badewannenablage – ein elegant gezeichnetes und grössenverstellbares Bambustablar, das sich einfach über die Wanne legen lässt. Darauf gibt's reichlich Platz für Ihre übrigen Präsente. Ihr neues Tablet etwa bleibt sicher und trocken in der praktischen Spezialhalterung, die vorzüglich auch Bücher fixiert. Ihre edlen Körperlotions und Badezusätze platzieren Sie im Fach daneben, wo auch die Duftkerze leuchtet. Und selbst für Antipasti, Pralines und ein Glas ihres Lieblingstropfens bleibt reichlich Platz im Extrahalter.

JONAS KOMPOSCH

Badewannenablage, Fr. 39.95
www.vedia.ch



Füsslinge für Ihre Lieblingsgastgeber



Nicht nur politische Debatten entzweien mitunter das Volk, sondern auch existentielle Themen wie die Frage, ob Gäste beim Betreten der Gastgeberwohnung die Schuhe auszuziehen hätten oder nicht. Sicher ist aber: Wer seine Gäste zur Schuhlosigkeit auffordert, muss ihnen ein alternatives Fusskleid anbieten. Erstens, um die Füsse warm zu halten, und zweitens, damit kleine Unperfektheiten in Socken und Strümpfen gnädig ausser Sicht gebracht werden können. Also muss ein Satz Filzpantoffeln her, wofür wir auf geschenkidee.ch eine praktische Lösung gefunden haben: 4 Paare Schlupfschuhe aus Filz, gut versorgt in einem Filzpantoffel in Übergrösse. Die Schlappen gibt's für schlappe CHF 17.90. Ein Set besteht jeweils aus Pantoffeln in verschiedenen Farben. «Wählst du die roten, die grünen oder die schwarzen?» Ein guter Start in unterhaltsame politische Debatten!

MARTIN JAKOB

Filzpantoffeln-Welcome-Set, Fr. 17.90,
www.geschenkidee.ch



Frauen-Power bei den Galliern



Adrenaline: So heisst die Hauptfigur im neuesten Band der Asterix-Serie. Und der Name ist – wie könnte es anders sein – Programm. Asterix und Obelix sollen sie vor Caesar beschützen, der die Tochter des legendären Gallierführers Vercingetorix zur gefügigen Römerin machen will. Aber sie ist Nix-von-Devot: jung, trotzig und stolz, um den Hals den Wendelring verdienter Krieger, im Gürtel ein Schwert. Sie hängt mit ihren Freunden im Steinbruch rum und übt Systemkritik: «Hinkelstein und Zaubertrank sind die Stützen des Wildschweinsystems!» Dabei möchte die geheime Gruppe Apo («Averner proben Opposchitschion»), dass Adrenaline den gallischen Widerstand anführt – doch sie ist für Saatgut statt Waffen. Und dann büxt sie aus, um elternlosen Kindern aus aller Welt zu helfen und mit ihnen auf die mythische Insel Thule zu flüchten...

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Jean-Yves Ferri, Didier Conrad: **Asterix. Die Tochter des Vercingetorix**, Fr. 17.50, www.orellfuessli.ch

Arbeiten als Rentner: Muss ich AHV bezahlen?

Ich werde bald 65 und erhalte dann die Renten von der AHV und von der Pensionskasse. Gerne möchte ich aber auch nach der Pensionierung teilweise weiterarbeiten. Muss ich dann weiterhin in die AHV einzahlen?

PHILIP THOMAS: Ja. Denn die Beitragspflicht an die AHV/IV/EO endet nicht mit dem Bezug der AHV-Altersrente. Wenn Sie mehr als 1400 Franken pro Monat (oder 16800 Franken pro Jahr) verdienen, muss Ihr Arbeitgeber die AHV/IV/EO-Beiträge abziehen und an die zuständige Ausgleichskasse überweisen. Dasselbe gilt für die Unfallversicherung (UVG). Das UVG kennt keine Alterslimite. Ihr Arbeitgeber darf dafür also auch weiterhin Lohnabzüge vornehmen.



FOTO: ISTOCK

GÄRTNER IM UNRUHESTAND: Wenn Sie im Rentenalter arbeiten, müssen Sie weiterhin AHV-Beiträge bezahlen.

Die Prämie richtet sich nach dem versicherten Verdienst. Hingegen müssen Sie nicht mehr in die Arbeitslosenversicherung und auch nicht in die zweite Säule einbezahlen. Für die Krankentaggeldversicherung gilt: In den allgemeinen Versicherungsbedingungen und dem Vertrag des Versicherers steht, ob Sie weiterhin Beiträge einzahlen müssen, und ob die Versicherung Leistungen erbringt, sollten Sie arbeitsunfähig werden. Je nach Bedingungen endet die Versicherungsdeckung mit dem Erreichen des 65. Altersjahres.

Ferienanspruch: Kann er verfallen?

In der Firma planen wir gerade die Ferien für das kommende Jahr. Meine Chefin teilte mir mit, ich hätte für dieses Kalenderjahr noch fünf Tage Ferien zugute. Und ich müsste diese Ferientage noch in diesem Jahr nehmen, da ich im neuen Jahr keinen Anspruch mehr darauf hätte. Stimmt das?

PHILIP THOMAS: Nein. Ferien verfallen Ende Jahr nicht. Das Ferienguthaben entsteht je nach vertraglicher Abmachung für ein Kalender- oder für ein Dienstjahr. Wenn Sie die Ferien im vereinbarten Zeitraum nicht nehmen, werden sie auf das nächste Jahr übertragen. Reglemente oder Verträge in denen steht, dass der Anspruch auf Ferien verfallt, sind ungültig. Zu beachten ist einzig die Verjährungsfrist. Diese beträgt fünf Jahre. Das heisst, Sie verlieren Ihren Ferienanspruch erst dann, wenn Sie die Ferien fünf Jahre lang nicht bezogen haben. Allerdings darf Ihre Chefin den Zeitpunkt der Ferien bestimmen. Natürlich hat sie auf Ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen. Theoretisch könnte Ihre Chefin von Ihnen verlangen, dass Sie die fünf verbleibenden Ferientage noch in diesem Jahr beziehen. Dem steht aber entgegen, dass die Ankündigungszeit zu kurz ist. In der Regel muss ein Arbeitgeber die Ferien drei Monate im voraus anordnen. Wenn Sie also mit dem Ferienbezug in diesem Jahr nicht einverstanden sind, dürfen Sie diese fünf Tage im nächsten Jahr beziehen.

Freiwilligenarbeit im karitativen Bereich

Spenden Sie etwas Kostbares

Betagte Menschen im Heim besuchen. Mithelfen am Sporttag für Behinderte. Lebensmittel für Armutsbetroffene ausgeben. Mit Freiwilligenarbeit leisten Sie Ihren persönlichen Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.

MARTIN JAKOB

Ach, diese Spendenbriefe! Jetzt vor Weihnachten flattern sie gehäuft ins Haus, manchmal mit grenzwertig kitschigen oder nutzlosen Mini-Geschenken, immer mit Einzahlungsschein. Was glauben die denn? Bin i Gopfridstutz en Kiosk, oder bin ich öppe-n-e Bank?

Gesetzt den Fall, Sie seien weder das eine noch das andere, möchten aber trotzdem Menschen helfen, denen es weniger gut geht als Ihnen: dann könnte Freiwilligenarbeit in einer karitativen Organisation für Sie das Richtige sein. Rund eine Viertelmillion Erwachsene leisten in der Schweiz regelmässig solche Einsätze.

DIE BENEVOL-STANDARDS

Aber so frei Ihr Wille, so edel Ihre Absicht und so gross Ihr Tatenrang auch sein mögen: Sie möchten dennoch, dass Ihr Einsatz für das Gute in einem seriösen Rahmen geschieht und nicht irgendwelche lusche Organisatoren Ihren guten Willen missbrauchen, um die eigene Tasche zu füllen. Auszuschliessen ist das nicht. Etwa, wenn eine private Altersresidenz für ihre wenigen Bewohnerinnen und Bewohner eine grosse Zahl freiwilliger Besucher oder Ausgangsbegleiterinnen sucht: Da geht es der Heimleitung wohl vor allem darum, am bezahlten Be-

Freiwilligenarbeit soll Lohnarbeit ergänzen, nicht konkurrenzieren.

treuungspersonal zu sparen. «Diese Anzeige auf benevol-jobs.ch, unserem Jobportal für Freiwilligenarbeit, haben wir abgewiesen», sagt Thomas Hauser, Leiter der Geschäftsstelle von Benevol Schweiz, dem Dachverband der 17 Fachstellen in der Schweiz.

Benevol gehören über 1800 Non-Profit-Organisationen an, die landesweit, regional oder lokal

Freiwillige einsetzen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Mit ihrer Mitgliedschaft verpflichten sie sich, die «Benevol-Standards der Freiwilligenarbeit» einzuhalten. Diese setzen für die Arbeitseinsätze der

Freiwilligenarbeit kann Sie auch beruflich weiterbringen.

Freiwilligen einen Rahmen. Die wichtigsten Punkte:

- Die Freiwilligenarbeit ergänzt und unterstützt die bezahlte Arbeit, tritt aber nicht in Konkurrenz zu ihr.

- Freiwilligeneinsätze sollen im Jahresdurchschnitt auf sechs Stunden pro Woche begrenzt sein, damit die Freiwilligenarbeit mit den täglichen Aufgaben der Einzelnen vereinbar bleibt.
- Freiwillige haben Anspruch auf Einführung, Begleitung, Erfahrungsaustausch und regelmässige Auswertungen.

Zwar sind Bestimmungen des Auftrags- und Arbeitsrechts auch auf Freiwilligenarbeit anwendbar (siehe rechts: «Eine Art Vertrag»). Dennoch bleibt eine Rechtsunsicherheit. Eine Lücke, welche die Benevol-Standards schliessen.

SPASS UND ANERKENNUNG

Uneigennützig für bedürftige Menschen tätig zu sein – was für eine aufopferungsvolle Seele muss man da sein! «Altruismus ist durchaus ein Motiv für Freiwilligenarbeit, zumal im sozialen und karitativen Bereich», sagt Thomas Hauser, «aber man soll und darf auch Spass an der Sache haben und persönliche Ziele verfolgen. Zum Beispiel, mit interessanten Menschen zu-

sammenkommen, eigene Kompetenzen einbringen oder neue Kompetenzen erwerben.»

Was Freiwillige auf jeden Fall möchten, ist Anerkennung für ihren Einsatz. Sei dies mündlich, durch Erwähnung in Berichten, durch Einladungen an Events oder noch besser mit dem «Dossier freiwillig engagiert» von Benevol. Dieses Dokument ist der Nachfolger des früheren Sozialzeitausweises. Es hält die Art und Dauer der Einsätze fest und kann auch einen

ausführlichen Bericht enthalten, der die Leistungen ähnlich genau beschreibt wie ein Arbeitszeugnis. So dient das Dossier als wertvolle Ergänzung für Ihre Bewerbungsunterlagen.

DAS THEMA WÄHLEN

Möchten Sie sich freiwillig engagieren, haben Sie vielleicht in Ihrer Nähe ein Heim, eine Stiftung oder eine andere Organisation, deren Tätigkeit Sie wichtig finden und die Sie unterstützen möchten. Wollen



DAS GING SCHIEF: Schickt der Chef den Elefanten in den Porzellanladen, trägt er den Schaden selbst. Die Fehlbesetzung für diesen Job ist nämlich offensichtlich. FOTO: ISTOCK

Haften Sie, wenn bei Ihrer Arbeit Ein Ja mit vielen

Wer arbeitet, macht auch mal einen Fehler. Eine Pflicht zum Schadenersatz entsteht daraus aber nur, wenn Absicht oder Fahrlässigkeit im Spiel waren.

MARTIN JAKOB

Ein Lagerist muss für seinen Kollegen in der Montage einspringen. «Muesch nur die Chnöpf da trucke und ab und zue Sichtkontrolle mache!» lautet die Anweisung des Chefs. Aber irgendwie gerät der Lagerist an die falschen Knöpfe, über hundert Teile laufen fehlerhaft aus der Maschine. «Das kostet dich jetzt aber eine Stange Geld!» ruft der Chef.

Die Pizzakurierin drückt beim Einparkieren in eine enge Lücke dem seitlich stehenden

Auto den Rückspiegel ab. Das Kurierfahrzeug bleibt unbeschädigt. Der Geschädigte schickt eine Rechnung über 400 Franken. Auf der nächsten Lohnabrechnung stellt die Kurierin fest, dass ihr dieser Betrag belastet wurde.

FIRMA IST MITVERANTWORTLICH.

Will eine Firma Angestellte für Schäden in die Pflicht nehmen, beruft sie sich aufs Obligationenrecht. Dort steht, Arbeitnehmer seien grundsätzlich verantwortlich für Schäden, die sie dem Arbeitgeber absichtlich oder fahrlässig zufügten. Der Gesetzesartikel enthält aber einen zweiten Abschnitt, der die Haftbarkeit einschränkt: Bei der Bemessung der Sorgfalt, die bei der Arbeit hätte walten sol-

– Ihre Zeit

WORKTIPP

JOB-BÖRSE

Über 1200 Einsatzangebote für Freiwillige finden sich derzeit auf dem Onlineportal **www.benevol-jobs.ch**. Die Angebote lassen sich nach Kantonen und nach Art des gewünschten Einsatzes filtern. Die Mehrzahl der Anbieter sind Mitglieder von Benevol und haben sich zu den Standards dieser Dachorganisation verpflichtet (siehe «Die Benevol-Standards» im Text links).

✱ **ARMUT.** «Tischlein deck dich» verteilt Lebensmittel, die nicht mehr in den Verkauf gelangen, an armutsbetroffene Menschen. Freiwillig Mitarbeitende werden an den über 130 Abgabestellen eingesetzt, der Aufwand liegt wahlweise bei rund 3 Stunden pro Woche oder alle zwei bis drei Wochen. **www.tischlein.ch**

✱ **BEHINDERUNG.** «PluSport», die Organisation für den Behindertensport, führt jährlich den «PluSport Tag» in Magglingen durch mit rund 1200 Athletinnen und Athleten. Für diesen Grossanlass sind Hunderte von Helferinnen und Helfern nötig. **www.plusport.ch**

✱ **FRAU IN NOT.** Der Verein «Schwanger – wir helfen» ist in den Kantonen Bern und Solothurn tätig. Er leistet seit 1979 Beratung und Direkthilfe an Frauen, die durch eine Schwangerschaft in Not geraten sind. Aktuell sucht die Organisation ein bis zwei freiwillige Mitarbeiterinnen zur Bewirtschaftung des Materiallagers. **www.schwanger-wir-helfen.ch**

✱ **MIGRATION.** Städtische oder kantonale Asylorganisationen setzen freiwillig Mitarbeitende für verschiedene Aufgaben ein: Die AOZ Zürich etwa sucht Personen, die Asylsuchende in Alltagsfragen oder während der Berufslehre unterstützen oder Outdooraktivitäten mit Kindern und Jugendlichen begleiten. **www.aoz.ch**

AUCH FREIWILLIGKEIT BRAUCHT REGELN

EINE ART VERTRAG

Arbeit ist Arbeit – auch wenn sie freiwillig geschieht. Zwar besteht kein Anstellungsverhältnis im herkömmlichen Sinn. Dennoch entsteht durch die Vereinbarung von Freiwilligenarbeit ein Vertrag, der beiden Seiten gewisse Pflichten auferlegt. So muss die auftraggebende Organisation ihre Freiwilligen in die bestehende Betriebshaftpflicht einschliessen und für ihre Arbeitssicherheit und den Schutz ihrer Gesundheit besorgt sein. Geboten ist auch eine sorgfältige Einführung in die zu leistenden Arbeiten.

VERSPRECHEN GILT. Üblich ist, im Einsatz entstandene Spesen nach effektiven Kosten oder pauschal zu entschädigen. Achtung: Sobald über die Vergütung von Spesen hinaus eine Entschädigung bezahlt wird, entsteht ein Arbeitsverhältnis, über das auch ein Lohnausweis erstellt und Sozialversicherungen abgerechnet werden müssen. Freiwillige wiederum verpflichten sich, gegebene Einsatzversprechen auch tatsächlich zu erfüllen. Bleiben sie einem Einsatz unentschuldigt fern, könnte die Organisation sogar Schadenersatz fordern (zum Beispiel bei einem Fahrdienst, für den ein kostenpflichtiges Taxi als Ersatz gerufen wurde). Zudem sind übertragene Arbeiten mit Sorgfalt auszuführen. Wichtig ist schliesslich auch die Schweigepflicht. Gerade bei karitativen Einsätzen für Menschen in schwierigen Umständen gilt es, ihre private Sphäre zu achten und zu schützen.

JEDERZEIT KÜNDBAR. Die Auflösung eines freiwilligen Engagements ist für beide Seiten jederzeit möglich – ausser zur Unzeit. Dann ist allenfalls Schadenersatz geschuldet (siehe oben). (jk)

ZEIT, ZU HELFEN:
Andere Menschen zur Seite stehen mit unentgeltlichen Einsätzen im sozialen und karitativen Bereich.

FOTO: PHOTOCASE

Sie Ihre Suche offener gestalten, schauen Sie sich um auf **www.benevol-jobs.ch** (siehe work-Tipp). Einige aktuelle Angebote:

✱ **ALTER.** Der Verein Sozialtreff in St. Gallen Schönenwegen plant einen Quartiertreff mit Tagesstruktur für Betagte und für Menschen mit leichter Beeinträchtigung. Für den bevorstehenden Umbau des Lokals sind Handwerkerinnen und Handwerker gesucht. **www.sozialtreff.ch**

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Surfen Sie im Sandkasten!

Unseriöse Internetseiten können den PC mit schädlichen Programmen infizieren. So schützen Sie Ihren PC:

Website prüfen lassen: Geben Sie auf **urlvoid.com** die Adresse der verdächtigen Seite ein. Dort sehen Sie, wie Hersteller von Antivirenprogrammen diese Seite einschätzen.

Im geschützten Bereich surfen: Das kostenlose Windows-Programm Sandboxie (**rebrand.ly/sandboxie**) trennt den Browser vorübergehend vom Rest des Computers ab. Dieser abgetrennte Bereich nennt sich Sandbox (Sandkasten). Vor dort aus kann kein Schädling von einer Website auf den Computer übergreifen.

Nach der Installation erscheint auf dem Desktop ein gelbes Symbol namens «Sandboxed Webbrowser». Der gewohnte Browser öffnet sich in dieser Sandbox. Werden Dateien heruntergeladen, landen sie sicher in der Sandbox. Prüfen Sie sie mit dem eigenen

Virens Scanner oder auf **virustotal.com** auf Viren. Ist die Datei sicher, können Sie sie in den normalen Bereich des Computers verschieben: Öffnen

Sie das Sandboxie-Programmfenster und wählen Sie unter «Ansicht» den Menüpunkt «Dateien und Ordner».

Suchen Sie die Datei, klicken Sie sie mit der rechten Maustaste an und wählen Sie «Wiederherstellen». Dieses Vorgehen ist etwas umständlich und lohnt sich nur für dubiose Websites. MARC MAIR-NOACK



SCHÄDLINGE UNTER KONTROLLE: Surfen Sie in der Sandbox, landen dubiose Dateien im virtuellen Sandkasten und können keinen Schaden anrichten. FOTO: SHUTTERSTOCK

ein Schaden entsteht? grossen Wenn und Aber

len, seien das Berufsrisiko zu berücksichtigen, der Bildungsgrad und die Fachkenntnisse, die für die Arbeit verlangt werden, sowie die Fähigkeiten und Eigenschaften des Arbeitnehmers. Alle diese Faktoren fließen in die Beurteilung ein, wenn ein Gericht darüber entscheidet, ob keine, eine leichte, mittlere oder grobe Fahrlässigkeit vorliege.

Auf das Beispiel mit dem Lageristen angewandt: Der Chef, der ihn an den Montageautomaten beorderte, wusste genau, dass ihm das nötige Wissen fehlte, um die Maschine korrekt zu bedienen, und die Arbeitsanweisung fiel viel zu knapp aus. Zwar ist ein Schaden entstanden, jedoch lässt sich dem Lageristen weder Ab-

sicht noch Fahrlässigkeit vorwerfen.

Anders liegt der Fall der Pizzakurierin. Viele müssen zur Berufsausübung Auto fahren, oft mit einem Geschäfts-

Wer mit Sorgfalt handelt, haftet nicht für Schäden.

fahrzeug. In der Rechtspraxis gilt berufliches Autofahren als risikobehaftete oder «schadensgeneigte» Tätigkeit, was bedeutet, dass die Fahrzeuglenkerin bei nur leichter Fahrlässigkeit gar nicht haftet und bei mittlerer Fahrlässigkeit nur zu einem deutlich reduzierten Anteil. Für Parkschäden gilt bei Berufschaffern, dass sie sich an

den Schadenskosten in der Regel nicht zu beteiligen haben.

GROBFAHRLÄSSIG. Kaum ungeschoren kommt davon, wer Schäden mit grober oder mittlerer Fahrlässigkeit verursacht, wenn also zum Beispiel Drogen im Spiel sind oder Regeln und Anweisungen missachtet werden. Als Faustregel gilt bei mittlerer Fahrlässigkeit die Bezahlung der Hälfte des Schadens, jedoch maximal zwei Monatslöhne. Bei grober Fahrlässigkeit geht der ganze Schaden auf die Kappe des Verursachers, jedoch maximal drei Monatslöhne.

Wenden Sie sich an die Unia-Rechtsberatung, wenn Sie Schadenersatzansprüche erfüllen sollen, die Ihnen ungerechtfertigt erscheinen!

WENN IN DER KASSE GELD FEHLT

FIRMENRISIKO

Kassendifferenzen können richtig nerven. Sicher ist: Fehlbeträge aus der Kassenabrechnung (wie auch Inventardifferenzen) zählen zum Betriebsrisiko. Mitarbeitende müssen grundsätzlich nicht dafür aufkommen. Enthält ein Arbeitsvertrag diese Bestimmung, ist sie ungültig. Ausnahme: fahrlässiges Verhalten – zum Beispiel, wenn ein Verkäufer die Kasse offen lässt und den Laden verlässt. Liegt in der Kasse einmal ein Überschuss, gehört der allerdings auch der Firma!

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Muss ich für den Stützkurs nacharbeiten?

Ich habe vor einigen Wochen mit einem Stützkurs an der Berufsschule begonnen, da ich mit dem Schulstoff nicht ganz nachkomme. Nun muss ich einmal in der Woche eine halbe Stunde früher vom Betrieb weg, um den Stützkurs zu absolvieren. Diese halbe Stunde falle ich dann jeweils ins Minus. Auf Weisung des Chefs muss ich deshalb an den anderen Tagen länger arbeiten. Darf er das von mir verlangen?

« Grundsätzlich muss dir dein Lehrbetrieb bis zu einem halben Tag pro Woche für den Stützkurs freigeben und darf dafür übrigens auch keine Lohnabzüge machen. Falls du auf eigenen Wunsch den Stützkurs absolvierst und deine Berufsbildnerin mit diesem Wunsch nicht einverstanden ist, entscheidet das Berufs-

bildungsamt darüber, ob du den Stützkurs brauchst. Falls jedoch deine Berufsbildnerin dem Stützkurs bereits zugestimmt hat, kannst du



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

verlangen, dass die halbe Stunde Abwesenheit nicht abgezogen wird.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätsel Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka-guide.ch

LÖSUNG, GEWINNERINNEN UND GEWINNER AUS NR. 20
Das Lösungswort lautete: GERECHTIGKEIT

A	S		H	E		A	D
N	E	U	G	I	E	R	U
D	I	R	A	D	R	E	S
A	F	F	A	E	R	E	B
M	U	E	L	L	I	T	E
E	U	E	N	K	E	L	I
R	I	S	S	I	G	N	G
A	N	N	E	L	A	N	E
P	R	I	E	S	E	L	N
M	U	T	I	G	H	A	K
P	E	T	V	U	R	K	N
N	B	I	L	L	A	R	D
A	R	I	E	M	M	E	K
L	E	V	R	A	T	A	P

DEN PREIS, einen Coop-Gutschein à Fr.100.-, haben gewonnen: Josette Looser-Probst, Salmsach TG; Jolanda Mühlheim, Täuffelen BE; Fritz Suter, Solothurn. Herzlichen Glückwunsch!

austral. Beuteltier			ungar. Reiter-soldat	bewegl. Stau-werk	Luzerner Haus-berg			Fluss durch München	Hunde-lauf-band	lat.: und	Teil des Kopfes		brit. Pop-Musiker (Chris)		peinl. Vorfall, Skandal	dürrer Astholz	europ. Wirt-schafts-raum	Zch. f. Silber
Nieder-lasungs-bewilligung; ... C								Trauben-ernte					Halb-insel in Ostasien					
sächl. Fürwort			Stadtbe-zirk in Monaco: Monte ...	Weih-nachts-baum-schmuck			8						Him-mels-körper		Vorläu-ferin der EU			
An-rainer			1					Blut-gefässe		Stiftung, Fonds (engl.)		Schweiz. Filmre-gisseur						grosse Anzahl
				anti, gegen		Arbeits-beginn									Ältesten-rat		Stand-bild, Monu-ment	
d. Land-wirtsch. betref-fend		kleine, unbest. Menge		über-rascht sein: sich ...			9					geometr. Körper		südtürk. Ferien-ort				
elektr. Schalt-anlage						spitze Pflan-zenteile		altes Wort f. jenseits		erhalten, bekom-men			3					
		6		mit den Augen wahrge-nommen		dt. Landes-haupt-stadt				5				Dauer-haftig-keit		Nasal-laut		
Fremd-wortteil: selbst	finan-ziell flüssig		fach-kundig, virtuos							nächste Runde bei e. Casting		Wange						
Ferien-camp						US-Thriller-autor (Steph.)		Wohlge-schmack		Compu-ter-neustart						alter Musik-hit		heilig in frz. Städte-namen
			Mond-krater Mz.		Woll-faden-kugel								Ball-drehung beim Tennis		amerik. Staaten-bündnis			
Halbton über G		schat-tiert								engl. Gast-stätte		amerik. Maler (Frank)						
US-Bundes-staat					Abk.: Nord-nordost				argentin. Steppe						Abk.: das heisst		Keim-zelle	
Vorweih-nachts-zeit		ital. Tonbez. für das D			musik. Ton-bezeich-nung		Mund-öffnung der Tiere	10				asiat. Subkon-tinent				4		
						Abk.: Hektare			Seh-unfähig-keit	7								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 10. Januar 2020

INSERAT



... für die unvergesslichen Emotionen im 2019. Wir freuen uns auf ein kämpferisches neues Jahr zusammen mit euch!





WORKLESERFOTO

WORKFRAGE VOM 29. 11. 2019

Sollen auch bei uns die Fussballerinnen mehr verdienen?

LÄNGST FÄLLIG
Die Gleichberechtigung unserer Kickerinnen ist schon viel zu lange ein Thema. Wenn man die Leistungen mit den Herren vergleicht, muss sich unsere Frauennati sicher nicht verstecken. Für die Leistungen unter Martina Voss-Tecklenburg, Hut ab. Dass auch die Löhne an die der Herren angepasst werden sollten, ist längst fällig!

URS SCHÜRCH, PER MAIL

ENDLICH EIN ANSTÄNDIGES GEHALT
Super dass auch der Frauenfussball in der work-Zeitung Raum gefunden hat. Das sollte wohl drinliegen, dass Fussballerinnen ein anständiges Gehalt erhalten. Die männlichen Kicker verdienen eh zu viel.

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

Schreiben Sie uns
Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

Gute Aussichten fürs neue Jahr!
WANN 5. November 2019
WO Panoramatrail Schwarzenbühl BE
WAS Aussicht auf die Voralpen
Eingesandt von Thomas Pfiffner, seit bald 15 Jahren Unia-Mitglied

Gewinnen Sie 100 Franken!
Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 20 / 29. 11. 2019:
IM VISIER DER SCHNÜFFLER
Beeindruckend
Noch einmal grossen Dank für Eure super Seiten zum Fichenskandal, sehr spannend! Und ich habe viele positive Rückmeldungen erhalten, vor allem zu den Fallbeispielen. Gerade jüngere Leute sind sehr beeindruckt.

CATHERINE WEBER,
PRÄSIDENTIN VEREIN GRUNDRECHTE SCHWEIZ

WORK 20 / 29. 11. 2019:
ISIDOR, DER LOHNKILLER
Heuchler
Sehr gut, dass ihr Platz findet, um über einen der vielen CVP-Ständler und -Heuchler zu berichten. Ach ja, das habe ich fast vergessen: Das christliche Gedankengut findet ja nur am Sonntagmorgen Anwendung. Ein Kompliment an die Unia Wallis für ihren Einsatz für Adão

Costa. Was für Gedankengut zirkuliert eigentlich in gewissen Amtsstuben? Beim Schnüffelstaat-Bericht kann man sich nur wundern, wie viel Nazi-Gedankengut bis in die Gegenwart überlebt hat.

PAUL BIND, HOCHFELDEN ZH

WORK 20 / 29. 11. 2019:
DER ID.3, DIE ROBOTER UND DIE ARBEITSPLATZE
Achtung: Musk!
Eine kleine Präzisierung zum Artikel über den Elektro-VW ID.3: Das ist nicht das erste E-Auto, das VW produziert. Den Golf gibt es schon seit mehreren Jahren als reines E-Auto oder als Plug-in-Hybrid. Es ist aber der erste VW, der auf einer völlig neu entwickelten Elektroplattform basiert. Das Problem des US-Herstellers Tesla ist, dass bisher nur schwere, stromfressende und teure Luxuskarossen produziert wurden. Also genau das,

was beim Umsteigen auf die Elektromobilität eigentlich nicht passieren sollte. Bei der geplanten Tesla-Fabrik bei Berlin wird es zudem spannend, wie der Tesla-Besitzer Musk mit den starken deutschen Gewerkschaften und der gesetzlich vorgeschriebenen Mitbestimmung umgehen wird. Die Tesla-Werke in den USA sind bekannt für relativ problematische Arbeitsbedingungen, und Musk hat alles unternommen, um die Gewerkschaften aus den Fabriken zu verbannen. Der Konflikt ist in Berlin also programmiert.

HANS BAUMANN, PER MAIL

WORK 20 / 29. 11. 2019:
JEAN ZIEGLER: DANKE, PIERRE!
Danke, Jean!
Cassis stösst ins gleiche Horn wie Trump: Er will das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge als angebliches

Hindernis für den Frieden im Nahen Osten liquidieren. Das hehre Mäntelchen der Neutralität und Humanität ist allzu durchsichtig geworden. Danke, Jean!

PETER LEUENBERGER, PER MAIL

WORK 19 / 15. 11. 2019:
ROSA ZUKUNFT: LABORFLEISCH
Stammzellen vom Tier
Laborfleisch wäre zwar für Vegane keine Option, weil für die dafür nötigen Stammzellen immer noch Tiere missbraucht werden müssten. Aber die Einsparung von Tieropfern und Futter wäre schon überwältigend. Nur – bis es so weit ist, sollten gerade wir Linke uns bewusst werden, dass bei der Herstellung von Tierprodukten auch die Menschen in Tierfabriken und Schlachthäusern schlimme Arbeiten verrichten müssen.

RENATO WERNDLI, PER MAIL



workquiz

Wie gut sind Sie?

- 1. Bundesratswahlen I: Was passiert bei einer Bundesrats-Erneuerungswahl?**
a) Alles bleibt gleich?
b) Alles bleibt wirklich gleich?
c) Es ändert sich nichts?
d) Alles bleibt tatsächlich gleich?
- 2. Bundesratswahlen II: Welcher Bundesrat wurde mit 146 Stimmen wiedergewählt?**
a) Bundesrat Ignazio Kiwi?
b) Bundesrat Ignazio Cassis?
c) Bundesrat Ignazio Limone?
d) Bundesrat Ignazio Banane?
- 3. Bundesratswahlen III: Warum wurde Grünen-Chefin Regula Rytz nicht gewählt?**
a) Wegen der geopolitischen Lage?
b) Weil die Wirtschaft eindunkelt?
c) Weil sie keine Tessinerin ist?
d) Weil sie links ist?
- 4. Bundesratswahlen IV: Seit wann darf auch die SP im Bundesrat mitmachen?**
a) 1891?
b) 1943?
c) 1951?
d) 1991?



FOTO: KEYSTONE

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!
Lösungen: 1b, 2d, 3c, 4b

Francesca Prodorutti kennt sich aus mit Kinderträumen

«Ich mache Menschen glücklich»

Francesca Prodorutti (34) ist täglich umgeben von Baggern, Bauklötzen und Bäbi – als Filialleiterin der «Spielkiste» Basel. Damit führt sie eine Familientradition weiter.

ASTRID TOMCZAK | FOTOS STEFAN BOHRER

«Für mich ist Spielzeug die schönste Branche im Detailhandel», sagt Francesca Prodorutti. «Du kannst spielen. Du siehst Kinder aufwachsen. Du machst Menschen glücklich.» Ihre Augen strahlen, wenn sie von ihrem Job erzählt. Wobei «Job» nicht ganz zutreffend ist. Es ist eine Passion, die der 34jährigen sozusagen in die Wiege gelegt wurde. Ihre Mutter führte ein Spielwarengeschäft in Pratteln. «Unsere Wohnung war im gleichen Haus, ich bin praktisch im Laden aufgewachsen», erzählt sie. Und doch: Francesca schlug zunächst einen anderen Weg ein. Sie machte eine Lehre als Tierarztassistentin, arbeitete danach rund anderthalb Jahre im Beruf. «Das habe ich sehr gerne gemacht. Aber ich habe keine Zukunft, keine Weiterbildungsmöglichkeiten gesehen.» Also nahm die junge Frau ein halbes Jahr Auszeit, ging nach Indien, arbeitete dort zunächst bei einer Tierschutzorganisation und reiste dann durchs Land. Zurück in der Schweiz, suchte sie einen Job. Ihre Mutter brauchte eine Arbeitskraft, also stieg Francesca ins mütterliche Geschäft ein. Schon nach kurzer Zeit erhielt sie vom Spielwarenfachverband die Anfrage, überbetriebliche Kurse zu unterrichten. Um das zu tun, wollte sie die Ausbildung zur Detailhandelsfachfrau nachholen – und zwar im Schnellzugstempo, wie es ihrem Temperament entspricht («Ich habe Pfeffer im Hintern»): Normalerweise dauert die verkürzte Lehre für Erwachsene mit einer abgeschlossenen Berufslehre zwei Jahre. Francesca Prodorutti erhielt nach hartnäckigen Verhandlungen vom Amt für Berufsbildung die Erlaubnis, direkt ins zweite Lehrjahr einzusteigen.

PERFEKTES TIMING. Im Jahr 2015 schloss sie also ihre zweite Lehre ab, arbeitete Hand in Hand mit ihrer Mutter. «Es war eine sehr intensive, aber gute Zeit», sagt sie. «Wir stehen uns sehr nahe, mussten aber lernen, Berufliches und Privates zu trennen.» Und da war die Frage, ob Francesca den Laden übernehmen würde. Kein einfacher Entscheid, aber für Francesca Prodorutti war schnell klar, dass sie nicht in die Fussstapfen ihrer Mutter und ihrer Grosseltern, die das Geschäft begründet hatten, treten würde. «Einerseits wollte ich mich beruflich nicht so binden», sagt sie. «Ich wollte mir die Freiheit behalten, vielleicht noch mal ins Ausland zu gehen.» Andererseits hatte das Geschäft auch eine Grösse, die nicht alleine zu managen war. «Ich hätte einen Partner gebraucht, hatte aber niemanden vor Augen.» Als die Pensionierung ihrer Mutter näher rückte, nahm Prodorutti mit den Besitzern des Spielwarenunternehmens

«Spielkiste» der baselländischen Familie Lutz Kontakt auf, damit ihre Stiftn das letzte Lehrjahr dort absolvieren konnte. «Es war mir wichtig, dass sie in einem Geschäft arbeiten kann, das nicht im Ausverkauf ist.» Und wieder war das Timing perfekt: Die «Spielkiste» hatte nicht nur einen Platz für die Stiftn, sondern auch für ihre Vorgesetzte.

SCHWEIZR HANDARBEIT. «Im April 2016 habe ich als Stellvertreterin angefangen, im Mai war ich schon Leiterin», erzählt Prodorutti. Seitdem führt sie ein neunköpfiges Team samt Lernenden und ist täglich «an der Front», wie sie sagt. Sie schwärmt von ihrem mehrsprachigen Team, «alle sind mit Leidenschaft dabei und haben Spass bei der Arbeit», sagt sie. Egal, ob Schulkinder ausgiebig überlegen, wie sie ihr Taschengeld investieren könnten, oder ob es darum geht, frischgebackenen Eltern bei der Suche nach dem ersten Spielzeug für ihren Nachwuchs behilflich zu sein: Prodorutti und ihre Kolleginnen und Kollegen haben für alle ein Lächeln und ein offenes Ohr. «Viele kommen in den Laden und haben keine Ahnung, was sie eigentlich wollen. Wenn sie dann glücklich wieder rausgehen, ist das das schönste Geschenk», sagt sie. Erst kürzlich hat einer ihrer Mitarbeiter einem Mann bei der Suche nach dem perfekten Göttingeschenk geholfen. Mit einem traditionellen Bauernhof aus Holz, «Made in Switzerland», verliess der Mann das Geschäft – und landete damit offenbar einen Volltreffer: Am nächsten Tag bedankte er sich nochmals per Mail für die gute Beratung.

Natürlich sind Massenprodukte à la Disney in der Spielkiste erhältlich. «Aber



wir haben auch echte Schweizer Handarbeit im Sortiment.» Die Konkurrenz durch den Onlinehandel sei zwar spürbar, aber gerade in ihrer Branche spiele Vertrauen eine grosse Rolle. «Die Leute wollen sicher sein, dass das Spielzeug sicher und schadstofffrei ist. Das garantieren wir.» Und aller Konkurrenz durch Smartphones und Internet zum Trotz: auch so traditionelles Spielzeug wie Plüschtiere, Bauklötze und Brettspiele haben die Zeit überdauert.

Nächstes Jahr wird Prodorutti ihre Weiterbildung als Detailhandelspezialistin abschliessen. Und dann erwartet sie die nächste Herausforderung: Da sich die

Gründergeneration der «Spielkiste» zurückzieht, wird Francesca Prodorutti die Verkaufsleitung aller elf Filialen übernehmen. Sie hat schon ein paar Ideen, wie sie den 1984 gegründeten Familienbetrieb, der seit 2012 durch den Sohn der Gründerfamilie geleitet wird, bei der aktuellen Modernisierung unterstützen könnte. Aber: «Ich werde die «Spielkiste» nicht auf den Kopf stellen», sagt sie lachend. Schliesslich gibt es kaum einen anderen Ort, an dem sie ihre Kindheit in die Gegenwart retten könnte: Sie hat sich die Leidenschaft fürs Spielen, fürs Entdecken und eine gewisse kindliche Ungeduld bewahrt.



FRANCESCA PRODORUTTI

REISENDE MIT HERZ FÜR TIERE

Francesca Prodorutti lebt mit ihrem Mann – einem Revisor und Fachhochschuldozenten – Hund Ginny und Katze Yom-Yom in Pratteln BL. Tiere liegen ihr sehr am Herzen, deshalb stammen beide Vierbeiner aus dem Tierheim.

WANDERN. «Wir arbeiten beide viel», sagt die 34jährige. «Für Hobbies bleibt nicht viel Zeit.» Am liebsten erholt sie sich auf ausgedehnten Wanderungen mit Mann, Hund und Freunden. Ausserdem geht das Paar gerne auf Reisen. «Wir haben zu Hause eine Weltkarte. Dort markieren wir alle Orte, die wir besucht haben.» Ihr Ziel: keine weissen Flecken mehr auf der Karte. Zuletzt waren sie mehrere Wochen auf Madagaskar.

FAIR. Francesca Prodorutti ist nicht gewerkschaftlich engagiert, setzt sich aber sehr für den Berufsnachwuchs ein: «Ich bin immer für die Lehrlinge da. Das ist mein soziales Engagement.» Die Anstellungsbedingungen in der «Spielkiste» seien sehr fair und spiegeln die Grundsätze der Gründerfamilie, nie jemanden aus wirtschaftlichen Gründen zu entlassen. Das Lohnniveau in der «Spielkiste» liege deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn. Zudem seien 5 Wochen Ferien Standard.

TEDDY ODER BAGGER? Francesca Prodorutti und ihr Team helfen gross und klein, das passende Gschänkli zu finden.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinc@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötz, Clemens Studer, Astrid Tomczak, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.